

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Stadtrats und des Finanzamts Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 40 Millimeter breite Millimeterzeile 6 Rpf.; im Letztteil die 38 Millimeter breite Millimeterzeile 18 Rpf. Anzeigenschluß: 10 Uhr vormittags. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 4 gültig.

Bezugspreis: Für einen Monat 2.— R.M. mit Zusatzen; einzelne Nummer 10 Rpf. Gemeinde-Verbands-Konto Nr. 3 Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403 Postfachkonto Dresden 125 48

Nr. 283

Freitag, am 4. Dezember 1936

102. Jahrgang

Aus der Heimat und dem Sachemund

Dippoldiswalde. Als zum ersten Male zum Tage der nationalen Solidarität gesammelt wurde, schrieben die ausländischen Zeitungen: „Es war etwas neues und ungewöhnliches, deshalb ließen sich die Leute davon überraschen und spendeten.“ — „Ist ein einmaliger Erfolg besagt aber noch gar nichts.“ Inzwischen ist der Tag der nationalen Solidarität zu einer feststehenden Einrichtung geworden. Jeder Volksgenosse wartet darauf, um den bekannten Sammlern die Büchsen füllen zu helfen. — Auch im Kreis Dippoldiswalde freut man sich auf den kommenden Sonnabend, wenn die Männer der Bewegung, der Gemeinden und Behörden ausziehen, um eine siegreiche Straßenschlacht gegen Hunger und Kälte zu schlagen. Alle werden dabei mithelfen und sie mit Munition in Gestalt von großen und kleinen Münzen versorgen. Der Kreis Dippoldiswalde war an diesem Tage immer einer der besten im Gau Sachsen. Hoffen wir, daß das Ergebnis in diesem Jahre den früheren nicht nachsteht, sondern sie übertrifft! Dann können mißgünstige Ausländer gestraft über die Grenzpfähle guden, wir halten ihnen die gefüllten Sammelbüchsen entgegen, dann werden sie gewöhnlich sehr klein.

Dippoldiswalde. Die Pfundsammlung findet in unserer Stadt am Montag und Dienstag, den 7. und 8. Dezember statt.

Die Industrie- und Handelskammer hat, um eine enge und lebendige Verbindung mit der Wirtschaft innerhalb ihres Kammerbezirks herzustellen, befanntlich Kreisausschüsse gebildet. Dem Kreisausschuß Dippoldiswalde gehören an: Von der Industrie: Direktor Erich Nische, Obercarsdorf, Kaufmann Paul Walliser, Schmiedeberg, Steinbruchbesitzer Rudolf Krumpolt, Schmiedeberg, Fabrikbesitzer Carl Schneider, Delsa, Kaufmann Heinrich Schmidt, Dippoldiswalde; vom Einzelhandel: Kaufmann Martin Reuter, Walter, Schuhhändler Kurt Auzel, Schmiedeberg, Kaufmann Alfred Schiller, Dippoldiswalde; von Banken: Direktor Stierzel, Dippoldiswalde. Der Vorsitzende des Kreisausschusses ist das Vertrauensmitglied der Industrie- und Handelskammer, Fabrikbesitzer Schneider, Delsa, stellvertretender Vorsitzender Kaufmann Martin Reuter, Walter. Zum kommissarischen Geschäftsführer wurde der Sachbearbeiter der Kammer, Erich Krause, Dresden, bestellt. In der ersten konstituierenden Sitzung, am 25. November, gab der stellvertretende Geschäftsführer der Kammer, Dr. Kiedel, einen Überblick über die Aufgaben der Industrie- und Handelskammer und der Kreisausschüsse im Rahmen des organisatorischen Aufbaus der gewerblichen Wirtschaft und behandelte im Zusammenhang mit dem neuen Vierjahresplan die Rohstofflage und die Frage der Abfallverwertung. Er richtete an die Ausschußmitglieder den dringenden Appell, in ihrem Wirkungsbereich für eine rationelle Ausnutzung aller Rohstoffe und für planmäßige Abfallverwertung und -verwertung einzutreten. In einer allgemeinen Aussprache hatten die Ausschußmitglieder Gelegenheit, über die wirtschaftliche Lage der von ihnen vertretenen Gewerbebezüge zu berichten. Nach der Aussprache folgte ein Bericht über Einzelhandelsfragen, insbesondere über das Problem der Privatisierung der Verbrauchergeschäften.

Glashütte. Der Zusammenbruch der Präzisionsuhrenfabrik und seine Begleiterscheinungen vor mehr als 10 Jahren sind noch heute in Erinnerung. Jedes Unglück ist aber auch die Wurzel zu etwas Neuem und Gutem. In diesem Monat Dezember sind es nun 10 Jahre, daß die neuen Unternehmen, die Uhrenfabrik A. G. und die Uhrenrohrwerke-Fabrik A. G. „Ulrofa“ gegründet wurden. Nach Überwindung großer Schwierigkeiten ist man heute soweit, in Glashütte ein Uhrenrohrwerk mit fast allen Einzelteilen herzustellen. Wahrscheinlich wäre es einem Einzelnen und seinem Privatkapital garnicht möglich gewesen, eine solche Industrie aufzubauen. Es war nur möglich, weil die Zentralen Sachsen es wagte, Geldmittel in den Aufbau dieses Betriebes zu stecken, in der Gewissheit, daß diese Geldmittel sich in der Zukunft lohnen werden.

Glashütte. Gegenwärtig werden die Vorarbeiten zu einem Hause in Angriff genommen, das das Dentisten-Ehepaar Fischer an der Emil-Lange-Straße erstellen läßt.

Große Aufgaben für die Gemeinden bei der Durchführung des Vierjahresplanes

Am 3. Dezember begann in München die Reichsarbeits- und Jugendführung des Hauptamtes und der Gauämter für Kommunalpolitik.

Reichsleiter Fiebler, der Leiter des Hauptamtes für Kommunalpolitik der Reichsleitung der NSDAP, und Vorsitzende des Deutschen Gemeindetages und Oberbürgermeister von München wies darauf hin, daß auch die Gemeinden mit neuer Latkraft an die Durchführung des neuen Vierjahresplanes gehen könnten, dessen Ziel die Unabhängigkeit und Freiheit des deutschen Volkes und seiner Arbeit sei.

Die Aufgaben im neuen Vierjahresplan erwachsen den Gemeinden einmal aus der umfangreichen wirtschaftlichen Betätigung in ihren Betrieben und Anstalten sowie den von diesen Stellen zu vergebenden Arbeiten und Lieferungen, zum anderen aus ihren sonstigen wirtschaftspolitischen Aufgaben mit ihren zahllosen Möglichkeiten zur Mitarbeit im Rahmen des Vierjahresplanes.

Hinsichtlich der Energiewirtschaft müßten die Gemeinden ihre Werte auf den höchsten Leistungsfähigsten Stand bringen und sich mit allen Kräften bemühen, ihre Werttarife weitestgehend den Erfordernissen des Vierjahresplanes anzupassen. Beim Betrieb der Gaswerke, bei der Ausnutzung der Abwässer, bei der Beteiligung der Landwirtschaftlichen Erzeugung, bei der gemeindlichen Müllverwertung, bei der Erfassung von Metallab-

fällen, bei der Aktion „Kampf dem Verderb“ hätten die Gemeinden vielfache Möglichkeiten im Sinne des Vierjahresplanes.

Von ganz besonderer Bedeutung seien sie als Großverbraucher von Bau-, Werk- und Treibstoffen, Textilien, Ketten, Oelen, Nahrungsmitteln und Rohstoffen aller Art sowie an Fertigfabrikaten. Es sei ein selbstverständliches Gebot, nur den tatsächlichen Bedarf zu decken und darüber hinaus in jedem Fall zu prüfen, ob der angeforderte Bedarf der Leistungsfähigkeit der deutschen Rohstoffwirtschaft und der Devisenlage angepaßt sei. Vielfach sei es möglich, an Stelle eines früher üblichen Materials, das größtenteils eingeführt werden müsse, ein anderes, noch dazu besseres Material zu verwenden, das unsere heimische Wirtschaft herstelle. Auch in den Gemeindeangelegenheiten könne der Verbrauch weitgehend umgestellt werden. Beim Verbrauch der Gemeinden an Bau- und Werkstoffen sei stets zu überlegen, ob einheimisches Material verwendet werden könne.

Bei Zusammenarbeit von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft sei es heute schon möglich, einen wesentlichen Teil des Vierjahresplanes zu verwirklichen. Sämtliche Betriebe und Dienststellen der Gemeinden müßten gründlich daraufhin überprüft werden, ob sie eine unter dem Gesichtspunkt des Vierjahresplanes richtige Verbrauchs- und Arbeitswirtschaft trieben. Hinsichtlich der Preisbil-

Glashütte. Gestalt wurden: Ein Sohn des Handlungsgehilfen Richard Seifert, eine Tochter des Fabrikarbeiters Paul Deuschländer, eine Tochter des Bauern Martin Rönisch, Luchau, eine Tochter des Schuhmachers Arno Max Schröder, Luchau, ein Sohn des Geschäftseisenbahn Heimat Hauswaldt, Glashütte. Weerdt wurden: Anna Bertha Sachse geb. Kähler, Rentnerin, im Alter von 63 Jahren; Horst Rudolf Kämmler im Alter von 3 Jahren; Marie verm. Möbius geb. Ehler im Alter von 78 Jahren; Ernst Otto Möhle, Holzarbeiter, im Alter von 50 Jahren.

Altenberg. Der Winter hat nun seinen endgültigen Einzug gehalten. Durch anhaltendes Schneetreiben am Dienstag und Mittwoch ist die Schneedecke auf 20 cm angewachsen und hat bei einigen Kältegraden gute Sportmöglichkeiten geschaffen.

Sittler-Jugend — Talsjugend: Sie rüffel gegen Hunger und Kälte!

Neudorf. In der letzten Zeit haben sich in der Oberlausitz wiederholt schwere Straßenunfälle dadurch ereignet, daß unbeleuchtete Fuhrwerke auf der Straße hielten und zu spät bemerkt wurden. Neuerdings fuhr wieder ein Motorradfahrer aus Ebersbach auf der Zittauer Straße gegen ein unbeleuchtetes Geschirr. Der Kraftfahrer kam dabei so schwer zum Sturz, daß er mit schweren Verletzungen in das Bezirkskrankenhaus Ebersbach eingeliefert werden mußte.

Großenhain. Mordgerücht erledigt. Im Januar 1925 war in Adelsdorf ein Landwirtschaftsgehilfe ermordet worden; es tauchte bald das Gerücht auf, daß der Vermittler von seinem Arbeitgeber erschlagen und vergraben worden sei. Die Ermittlungen der Polizei blieben damals erfolglos, wurden jetzt, weil das Gerücht immer wieder auftauchte, von der Kriminalpolizei Dresden erneut aufgenommen mit dem Ergebnis, daß der angeblich Ermordete in einer Stadt in Westdeutschland wohnt.

Leipzig. Todessturz beim Fensterputzen. Beim Fensterreinigen stürzte aus dem dritten Stockwerk eines Hauses der Zweinaundorfer Straße die dreißigjährige Jahre alte Arbeiterin Martha Altian auf die Straße. Die Verunglückte, deren Sturz höchstwahrscheinlich auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt werden muß, erlitt so schwere innere Verletzungen, daß sie kurz darauf im Krankenhaus starb.

Werdau. Mordanschlag des Nervenzentralen. Zwischen in der Marienstraße wohnenden Eheleuten kam es zu einer blutigen Auseinandersetzung, nachdem schon seit längerer Zeit Zwistigkeiten bestanden. Der fünf- undvierzig Jahre alte, nervenranke Mann versuchte, seine Frau durch Schläge mit einem Hammer und durch Messerstiche zu töten, doch konnte die Frau flüchten. Der Mann brachte sich Schnittwunden an beiden Armen sowie einen Stich unterhalb des Herzens bei; sein Zustand gilt als bedenklich.

Plauen i. V. Am Mittwoch nach Mitternacht und in den frühen Morgenstunden des Donnerstag wurden im Klingenthaler Bezirk mehrere Erdschöße verspürt. Abends folgten fünf heftige Stöße hintereinander. Dumpses Rollen löndete die Stöße an, dann war der Eindruck so, wie wenn eine Explosion stattgefunden hätte. Schaden ist nicht angerichtet worden. Auch aus Radiumbad Brambach wurden Erdschöße gemeldet. Am Mittwoch wurden in der Zeit zwischen 19 und 19,10 Uhr drei stärkere Erdschöße wahrgenommen, von denen die ersten unmittelbar aufeinanderfolgten und der dritte einige Minuten darauf. Die Stöße kamen aus westlicher Richtung und verliefen nach Osten.

Adorf. Ein von Gelterngrün kommender Kraftwagen geriet am Arngrüner Weg ins Rutschen und prallte gegen einen Baum. Zwei der Insassen erlitten leichte Verletzungen, während der 26jährige Fährermeister Klaus und seine Braut schwer verletzt wurden. Klaus mußte in bedenklichem Zustande ins Plauer Krankenhaus gebracht werden.

Wettervorherlage des Reichswetterdienstes

Ausgabeort Dresden für Sonnabend:

Auffrischende Winde aus Nordwest bis West. Niederschläge in den Kammlagen als Schnee, sonst Regen. Später vorübergehend aufbrechende Bewölkung. Zunächst Erwärmung, später wiederbeginnende Abkühlung.

Jeder opfert am 5. Dez. zum Tage der nationalen Solidarität!

Fettbezug neu geregelt

Schwerarbeiter und Minderbemittelte bevorzugt

Ueber die Regelung des Fettbezugs wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt:

Der Fettverbrauch des deutschen Volkes liegt zur Zeit erheblich über dem Verbrauch der Vorkriegszeit. Mit Rücksicht hierauf und im Hinblick auf die Sicherung der vorbrinlichsten Erfordernisse für die Durchführung des im Vierjahresplan zu verwirklichenden großen Ausbauprogramms muß eine Regelung des Fettverbrauchs erfolgen. Hierbei ist es notwendig, in erster Linie dafür zu sorgen, daß die schwer arbeitende, im Vierjahresplan in vorderster Front wirkende deutsche Arbeiterkraft die Fettmengen erhält, die sie braucht. Der nationalsozialistische Grundgedanke des Staates erfordert hier eine ausgleichende und gerechte Verteilung der in Deutschland hergestellten und weiterhin einzuführenden Fettmengen. Es muß ferner verhindert werden, daß die sozial besser gestellten Schichten beliebig viel Fettmengen kaufen können und die minderbemittelte Bevölkerung nicht in der Lage ist, ihren unbedingt notwendigen Bedarf zu decken.

Die seit 3 Jahren von der Reichsregierung durchgeführte Fettverbilligung für Minderbemittelte wird daher im Jahre 1937 nicht nur unverändert durchgeführt, sondern darüber hinaus dahin erweitert, daß ab Januar 1937 diesem Volksteil das Bezugsrecht für Konsum-Margarine (0,63 RM. abzüglich 0,25 RM. Verbilligung, also 0,38 RM. je 1/2 Kilogramm) in Höhe von bisher 6 Kilogramm auf 10 Kilogramm jährlich erhöht wird. Ferner wird ab Januar 1937 einem weiteren Kreis von Volksgenossen, die keine Fettverbilligungsscheine erhalten, deren Einkommen aber nur wenig über dem der bisher in die Fettverbilligung einbezogenen Personen liegt, ein Bezugsrecht für 7 Kilogramm Konsummargarine im Jahre ohne Verbilligung durch Ausgabe von Bezugscheinen gesichert. Dabei kommen in der Regel Personen in Betracht, deren Einkommen sich in der Nähe des doppelten Richtsatzes der öffentlichen Fürsorge hält. Diese Margarinebezugscheine werden auf Antrag von den Fürsorgeverbänden (Wohlfahrtsämtern) ausgegeben.

20 Prozent weniger

Um eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Speisefette auf alle Reichsteile vom Erzeuger bis zum Einzelhändler sicherzustellen, hat der Reichsnährstand mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die Molkereien und Butterarokvertel-

ler angewiesen, ihre Abnehmer im gleichen Verhältnis zu beliefern wie im Oktober 1936, jedoch bis auf weiteres nach Abzug von 20 v. H., die durch die Reichsstelle für Milchzeugnisse, Oele und Fette einbehalten und in den Hauptverbrauchsgebieten dem Bedarf entsprechend verteilt werden. Ähnliche Anordnungen sind für die übrigen Fette ergangen.

Aufstellung von Kundenlisten

Um dem Kleinhändler und Fleischer eine gerechte Verteilung der Fette an den Verbraucher zu ermöglichen, werden der Einzelhändler und das Fleischerhandwerk, das bereits im letzten Winter auf privater Grundlage angewandte Verfahren der Kundenliste in erweitertem Umfang und auf zuverlässigen Unterlagen ab Januar 1937 wieder aufnehmen. Um bei der Kundenliste die Personenzahl des einzelnen Haushalts zu berücksichtigen, werden die Eintragungen in die Kundenliste nur auf Grund von Haushaltsnachweisen zu berücksichtigen. Noch im Dezember wird den Haushaltungen ein Haushaltsnachweis zugehen, der als Unterlage für die Eintragung in die Kundenliste bei dem vom Verbraucher selbst gewählten Geschäft dient. Die Ausgabe der Haushaltsnachweise wird in gleicher Weise durchgeführt wie die Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober letzten Jahres.

Betriebsnachweise für Gasküchen

In ähnlicher Weise wird die Versorgung der gewerblichen Betriebe, Gastwirtschaften, Wägereien und Konditoreien, soweit sie vom Einzelhandel bisher bezogen haben, geregelt; als Unterlage für die Eintragung dieser Betriebe in die Kundenliste dient ein Betriebsnachweis, über dessen Ausstellung die zuständigen Wirtschaftsverbände das Nähere mitteilen werden.

Durch diese Maßnahme wird durch einen gerechter Ausgleich dafür gesorgt, daß jeder Volksgenosse die notwendigen Fettmengen erhält, daß Hungererregnis, die zum Schaden der Allgemeinheit immer wieder versuchen, ihr Unwesen zu treiben, das Handwerk gelegt wird. Wenn jeder einzelne den Fettverbrauch nur einigermaßen einschränkt, ist die reibungslose Versorgung sichergestellt; auch dann liegt der Fettverbrauch immer noch über dem Verbrauch der Vorkriegszeit. Es wird erwartet, daß jeder einzelne die Bedeutung dieser Maßnahmen für den nationalen Aufbau erkennt und verantwortungsbewußt sich immer den Grundgedanken vor Augen hält: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

ung mußten die Gemeinden die eigenen Arbeits- und Lieferungsbedingungen laufend darauf hin prüfen, ob die geforderten Preise den Bestimmungen entsprechen. Es sei sogar notwendig, die zur Zeit laufenden Aufträge unverzüglich nachzuprüfen. Die Anzeigepflicht für Bauvorhaben an den Gemeinden die Pflicht auf, zu prüfen, ob ihre Bauvorhaben zur Zeit durchgeführt werden könnten, aber ob ihre Zurückstellung notwendig sei. Auch bei der Sicherung des Arbeitseinsatzes müßten die Gemeinden in ihren eigenen Betrieben und Verwaltungen mitwirken und darüber hinaus die Berufserziehung nach den Volkswirtschaftsbedürfnissen zu lenken.

Ein großes und teilweise völlig neues Arbeitsgebiet ist nun in den Gemeinden zu bewältigen. Dabei sei es selbstverständlich, daß die sonstigen Gemeindeaufgaben nicht vernachlässigt werden dürfen, so die Förderung der Volksgesundheit, die Erziehung unserer Jugend, die weitere Sanierung der Gemeindefinanzen und die weitere Belebung der örtlichen Wirtschaft.

Den Gemeinden sei durch den Vierjahresplan eine ersten günstigen Gelegenheit gegeben, den Beweis für die große Anpassungsfähigkeit einer verantwortungsbewußten Selbstverwaltung zu erbringen. Es sei Ehrenpflicht jedes Bürgermeisters und jedes leitenden Beamten, die ganze Kraft in den Dienst der neuen Aufgaben zu stellen.

Zur Sicherung eines reichen und einheitlichen Volksgutes der vielseitigen neuen Aufgaben sei ihre Zusammenfassung in die Hand des Bürgermeisters notwendig. In größeren Gemeinden sei ein besonders geeigneter Beamter zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit allen städtischen Betrieben und Ämtern alle Arbeitsmöglichkeiten für den Vierjahresplan wahrzunehmen. Dieser Sonderbeauftragte werde auch für die Zusammenarbeit mit Behörden sowie mit der Partei, ihren Niederungen und sonstigen Organisationen zu sorgen haben, soweit der Bürgermeister die einzelnen Aufgaben nicht allein in die Hand nehmen könne.

Die Rede, mit der Reichsleiter Fiesler weit über 50 000 deutschen Gemeinden und Gemeindeverbänden die Wege zum Dienst am Volk im Rahmen des Vierjahresplanes wies, wurde von den Teilnehmern der Reichsarbeitsstagung mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Moskaus Nichteinmischung

Lebhafter Dampferverkehr durch die Dardanellen

Vom 18. November bis 3. Dezember haben zwölf sowjetische Frachtdampfer die Meerengen in der Richtung nach dem Mittelmeer durchfahren. Den gleichen Weg haben drei spanische Dampfer und ein Dampfer unter mexicanischer Flagge genommen, die ebenfalls aus sowjetischen Häfen kamen und für Spanien bestimmt waren. Vom 22. November bis zum 3. Dezember fuhren acht sowjetische Dampfer leer aus spanischen Häfen nach Sowjetrußland zurück. Die Uebernahme der für Spanien bestimmten Ladungen erfolgte in den Häfen von Noworossisk, Batum, Odessa und Mariopol. Der Schiffsverkehr zwischen Sowjetrußland und Spanien hält somit in unverminderter Stärke an.

Ausgebürgerte Margiften

Vermögen beschlagnahmt. — Auch die Familienangehörigen ausgebürgert.

Auf Grund des Paragraphen 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 erklärt in einer Bekanntmachung im Reichsanzeiger der Reichs- und Preussische Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen 39 Reichsangehörige der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig, weil sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben.

Es handelt sich dabei um eine Reihe von Männern, die im marxistischen System im Vordergrund der Sache gegen den Nationalsozialismus standen und um einige Kommunisten, die aus Deutschland geflüchtet sind. Unter den Namen ist u. a. verzeichnet Konrad Heiden, der Verfasser mehrerer Schmähbücher gegen den Führer, der frühere kommunistische Abgeordnete Wilhelm Roenen, Thomas Mann, der frühere linksradikale Heber Rudolf Olden, der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Wilhelm Sollmann, der langjährige Drucker heftiger Zeitungen Gustav Steinthal, der Kommunist Siegfried Thalheimer und Hans von Jwehl.

Das Vermögen dieser Personen wird beschlagnahmt. Der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ist gleichzeitig auf die Familienangehörigen dieser 39 Personen erstreckt, darunter auf die Frau und sämtliche Kinder von Thomas Mann, die Frau von Roenen, die Frauen von Olden, von Sollmann, von Thalheimer und v. Jwehl.

Offizieller Dank der Reichsregierung

Der deutsche Vorkriegsrat in Paris, Forster, hat dem französischen Außenministerium den wärmsten Dank der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht für die tatkräftige Hilfe, die die amtlichen französischen Stellen in Madrid bei der Rettung der Deutschen aus dem Madrider Vorkriegsgebäude sowie bei der Verteidigung des Gebäudes und der darin befindlichen Flüchtlinge gegen Eindringlinge geleistet haben.

Der deutsche Geschäftsträger in Warschau, Vorkriegsrat von Wählisch, hat dem polnischen Außenminister den Dank der Reichsregierung für die Hilfe ausgesprochen, die der polnische Geschäftsträger in Madrid deutschen Reichsangehörigen erwiesen hat.

In Auswirkung der vor einiger Zeit erfolgten Beschließung englischer Vorkriegsgebiete durch den König von England wird die englische Regierung im Januar ein Gesetz für die Vorkriegsgebiete einbringen.

Nach einer Meldung norwegischer Blätter aus New York hat Trogst, dessen Aufenthaltsgenehmigung in Norwegen am 10. Dezember abläuft, in Mexiko angefragt, ob man dort bereit sei, ihn aufzunehmen.

Südafrika baut seine Luftwaffe aus.

Der südafrikanische General Smuts hat zu den Verteidigungsmöglichkeiten der Südafrikanischen Union Stellung genommen. Er erklärte dabei u. a., daß sich die Union zur See nicht selbst verteidigen könne und sich deshalb in dieser Hinsicht auf die britische Flotte verlassen müsse. Zu Lande und in der Luft werde sich Südafrika dagegen selbst zu schützen wissen. Der Kommandierende General des südafrikanischen Heeres, Brint, hat Ausführungsbestimmungen für die Ausbildung von 1000 Heeresfliegern erlassen, die zusätzlich eingestellt werden sollen. Danach ist für das kommende Jahr die Ausbildung von 125 Fliegern vorgesehen. Bis zum Jahre 1941 sollen alle 1000 Flieger erfahrt werden.

Das deutsch-japanische Abkommen.

Bei einem Empfang für die ausländische Presse erklärte der japanische Außenminister Arita, die Tatsache, daß gerade Japan und Deutschland zuerst dieses Abkommen getroffen hätten, sei auf den Beschluß der Komintern zurückzuführen, der Japan und Deutschland als Angriffsziele des Kommunismus bezeichnete. Das Abkommen stelle somit eine Abwehraktion dar. Japan und Deutschland seien bereit, mit allen anderen Ländern, sei es nun England, Frankreich, China oder die Vereinigten Staaten, entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Daraus ergebe sich schon deutlich, daß mit dem Abkommen keineswegs eine gemeinsame Intervention in dritten Ländern beabsichtigt sei.

Zuchthaus für litauische Kommunisten.

In einem großen Kommunistenprozess in der litauischen Kreisstadt Utena fällt das Kriegsgericht nach achtstägiger Verhandlung das Urteil. Von den 53 Angeklagten wurden 28 verurteilt. Der Hauptangeklagte erhielt 10 Jahre Zuchthaus, fünf Angeklagte je 8 Jahre Zuchthaus, die übrigen wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, die sich zwischen 6 Jahren Zuchthaus und 6 Monaten Gefängnis bewegen. 25 Angeklagte wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Der Danziger Volkstagsabgeordnete und ehemalige Vorsitzende der verbotenen Sozialdemokratischen Partei in Danzig, Arthur Brill, wurde im Zusammenhang mit den kürzlichen Waffensünden im Verlag der „Danziger Volkstimme“, in den Geschäftsräumen der Sozialdemokratischen Partei sowie in seiner eigenen Wohnung verhaftet.

Sicherheit!

Was ist Sicherheit? Ein Begriff, der uns im täglichen Leben mehr als einmal begegnet. Kann ich mir selbst in allen Beziehungen die notwendige Sicherheit geben? Wenn ich an einem schönen Winterabend zu Hause am warmen Ofen sitze und meine Zeitung lese, wie fühle ich mich dann behaglich geborgen. Kann das selbe heute ein Bürger von Madrid behaupten? Also, wir erkennen, wie unsere Sicherheit nicht von uns allein abhängt, sie wird uns durch den Willen des Volkes, durch die Kraft des Staates gegeben. Diese beiden Faktoren sichern uns den Frieden des Hauses, sie sichern uns unseren Arbeitsplatz, sichern unser Gut und Geld. Aber dieser Volkswille, dessen Volkstreck der Staat ist, kann nur zum Segen der Allgemeinheit wirksam werden, wenn alle im gleichen Sinne mitarbeiten, wenn alle bereit sind, auch dem Staat die Mittel, die er zur Durchführung seiner Aufgaben braucht, zu gewähren, sei es auf dem Wege der Erfüllung der Steuerpflicht, sei es auf dem Wege der Gewährung von Anleihen. Wenn aber einer Geld weggeben soll, verlangt er ganz besondere Sicherheit, denn das Geld, das wir

anlegen, ist Geld, das der Vorsorge für die Zukunft gilt, Geld, das sich nicht entwertet, wenn unser gesunder Spartrieb nicht zum Widerspruch werden soll. Alle Sicherheiten, die Sparkassen und Banken, die Privatpersonen und Institute zu geben vermögen, sind wertlos, wenn nicht hinter diesen Garantien ein Staat steht, der in seiner inneren Festigkeit, in seiner Führung und in seiner Kraft nicht selbst der Urgrund aller sonstigen Sicherheiten ist. Dieser Staat hat sich nun in einem gigantischen Vierjahresplan Aufgaben gestellt, die unserm ganzen Volke zum Segen werden müssen. Er schreibt jetzt eine Anleihe aus, die ihm die nötigen Mittel zur Verfügung stellen soll, seinen Aufgaben zu genügen; Mittel, die dazu dienen werden, die wirtschaftliche und politische Sicherheit des Staates noch mehr zu erhöhen und damit also auch unsere eigene Sicherheit. Es wäre unsinnig, dem Staate diese Mittel zu verweigern.

Wenn wir uns jedoch über diese Gedanken hinaus die Bedingungen ansehen, unter denen diese Reichsanleihe ausgeschrieben worden ist, wäre es obendrein noch töricht, nicht an den Vorteilen teilzunehmen, die diese Reichsanleihe bietet. Die glückliche Stückelung bis herab zu Anteilen von 100 RM. und die Möglichkeit der Anleihezahlung in günstigen Raten, geben auch dem Kleinen Sparer Gelegenheit zu einer vorteilhaften und sicheren Kapitalanlage, die gegen jeden Kursverlust geschützt ist, die aber auch so flüssig ist, daß man im Notfall die Anleihe ohne Verlust verkaufen oder beileihen kann. Wer also die rechte Sicherheit für sein Geld sucht, zeichne die neue Reichsanleihe, sie sichert den Staat und damit jeden Bürger dieses Staates!

Gelt und Faust

Am morgigen Sonnabend stehen Männer aus den Kellern, Schulen, Schriftstellungen, Büros, der Kunst und der Wissenschaft auf den Straßen, um die Volksgenossen um eine Spende für die Volksgenossen zu bitten, die trotz aller Anstrengungen noch nicht in Brot und Lohn gebracht werden konnten oder die aus irgendwelchen Gründen der Hilfe seitens des Volkes bedürfen.

Die hilfbedürftigen Volksgenossen vertrauen darauf, daß sie in den Wintertagen weder frieren noch hungern müssen; sie sind für ihr Schicksal nicht verantwortlich zu machen, sondern diejenigen Menschen, die einst unter dem Schlagwort „Solidarität“ wohl das Volk aufriefen, aber nicht, um dem Volk, den Hungernden und Frierenden zu helfen, sondern ihre und ihrer Gefinnungsumpannen ständig offene Taschen zu füllen auf Kosten des Volkes, sogar des ärmsten Volksgenossen. Diese vergangene „Solidarität“ steht jetzt, Gott sei Dank, umgemünzt in ihren echten Wert, als ein „festes Gefüge“ der Hilfsbereitschaft des ganzen Volkes vor uns; nicht mehr der Arbeiter der Faust steht allein auf der Straße, um dem Ruf nach Solidarität zu folgen, ihm steht bei der Arbeiter der Stirn. Beiden ist klargemacht worden, daß keiner ohne den anderen leben kann, daß einer auf des anderen Hilfe angewiesen bleibt, ob arm oder reich, ob Geist oder Faust, beide müssen — arbeiten und helfen!

Aus der Heimat und dem Sachlenland

Oberhausen. Auf der Straße nach Jöhly mußte ein Kraftomnibus auf steilem Gange halten. Bei der Anfahrt kam der Omnibus rückwärts in Rutschen, stürzte in den Straßengraben und legte sich um. Personen wurden zum Glück nicht verletzt.

Leipzig. Eine Abordnung des Patentreuzers „Leipzig“ wird vom 5. bis 8. Dezember mit den Überlebenden des 1914 vor den Falkland-Inseln im Kampf untergegangenen Kreuzers „Leipzig“ in unserer Heimatstadt weilen. Der Kreuzer „Leipzig“ fehrte vor kurzem aus den spanischen Gewässern zurück. Die Abordnung wird unter Führung von Kapitän zur See Schenk am Sonnabend, 5. Dezember, 17.06 Uhr, auf dem Hauptbahnhof eintreffen und hier durch Vertreter der Stadt und des Reichsheeres begrüßt werden. Unter Vorantritt einer Kapelle des Reichsheeres marschieren die Gäste in Begleitung der Marineverbände, der Marine-Jugend und der Marine-SL zum Neuen Rathaus, wo sie von der Stadtverwaltung empfangen werden. Am Abend werden die Abordnung und die Überlebenden des ehrenvoll gesunkenen Kreuzers im Neuen Rathaus von Oberbürgermeister Dr. Goebeler begrüßt werden. Am Sonntagvormittag wird eine Mannschaft des Kreuzers „Leipzig“ zum Fußballkampf gegen eine Auswahlmannschaft der Leipziger Kreisliga antreten. Am Dienstag, dem Gedächtnistag an die Schlacht bei den Falkland-Inseln, wird Kapitän zur See Schenk im Großen Saal des Zoologischen Gartens zugunsten des R.W.B. einen Vortrag halten über „Deutsches Soldatentum im Licht der Falkland-Schlacht und dessen geschichtliche Bedeutung“.

Chemnitz. Brückenbau über die Chemnitz. In der Beratung mit den Ratsherren gab der Bürgermeister bekannt, daß der Auftrag zum Bau einer Brücke über die Chemnitz vergeben worden sei. Die Stützweite der Brücke werde 21,8 Meter betragen; das Bauwerk werde zwanzig Meter breit gebaut werden und 360 000 R.M. kosten. Mit den Bauarbeiten wird in nächster Zeit begonnen werden.

Winterhilfe-Spenden aus Sachsen

Dem Winterhilfswert gingen von sächsischen Firmen und Einzelpersonen weiter folgende Spenden zu:
Hugo Schneider A.-G., Leipzig, 100 000 R.M.; Bittler A.-G., Leipzig, 25 000 R.M.; Sachsenwert, Niederleschitz, 15 000 R.M.; Sächsische Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, Stieglitz-Schönewitz, 12 000 R.M.; J. Dehler, Neustadt, 3000 Reichsmark; Hans Martin, Dresden, 2000 R.M.; Leonhardt Söhne, Croßen, 1100 R.M.; Vogtl. Tüllfabrik, Plauen, 1000 Reichsmark; Franz Schumann, Dresden; A. W. Schönherr, Dresden; Gebr. Lämmle, Döbeln; Louis Bahner, Oersdorf, je 600 R.M.; Hildner & Kruschwitz, Zwickau; Speicherei- und Speditionsgesellschaft, Dresden, je 500 R.M.; Ernst Behold, Chemnitz, 450 R.M.; Reinhard Graehner A.-G., Chemnitz; Pippig & Wehner, Zwickau, je 400 R.M.; Fröh Augustin, Reichenbach, 375 R.M.; Paul Fiedler, Chemnitz, 360 Reichsmark; Ludwig Reich & Co., Dresden; Sächsisch-Ober-schlesische Kohlenhandels-Gesellschaft m. b. H., Zwickau; P. Leonhardt & Co., Leipzig; Georg Lochner, Glauchau, je 300 Reichsmark; Dr. Willmar Schwabe, Leipzig, weitere 500 Reichsmark; C. A. Becker, Leipzig, weitere 300 R.M.; Wasser- und Sauerstoff-Werk, Schwarzenberg, 3533 R.M.; Gasversorgung Ostschlesien, Heidenau, 3500 R.M.; Günther & Neumeister, Schneeberg, 3000 R.M.; W. Schmieder & Co., Chemnitz, 2500 R.M.; Wasser- und Sauerstoff-Werk, Aue, 2086 R.M.; August Schreiterer, Reichenbach; Hilbert & Co., Reichenbach; Dresdener Rückversicherungs-A.-G., Otto Höf-ter & Söhne, Reichenbach, je 2000 R.M.; Radiumbad Ober-schlesien, 1800 R.M.; Gebr. Genl. Rodewich; Emil Borstler, Leipzig, je 1500 R.M.; Otto Ulrich, Werda, 1210 R.M.; Eismann & Stockmann, Colditz; Curt Baumann, Dresden; Wilhelm Heyne, Berlin, Dresden, je 1200 R.M.; Louis Popp & Sohn, Reichenbach; Oskar Kommel & Co., Nerchau; Strumpfhäuser Günther, Dresden; Fröh Schuster, Chemnitz; Dr. Louis Ernst, Dresden, je 1000 R.M.; Karl Schreider, Falkenstein, 1200 R.M.; Vereinigte Lack- und Farbenfabriken, Brockwitz, 500 R.M.; Ernst Peterken, Raunhof, 300 R.M.; Heinz Dietel, Glauchau, 9000 R.M.; D. Schreiterer, Mglau, 500 R.M.; Tonwerke Brandis, 600 R.M.; S. Reichardt, Böb-lich-Ehrenberg, 500 R.M.; Albin Thof, Elsfeld 360 R.M.; Dr. Kurt Philipp, Dresden, 1000 R.M.; Richard Dressel,

Meerane, und Albert Dressel, Meerane, je 900 R.M.; Ver-einigte Strohstoff-Fabriken, Coswig, 900 R.M.; Westa-Ka-merawerke, Freital, 750 R.M.; Emil Höhne, Dresden, 722; Dr. Weinholt, Plauen; Karl E. Schönfeld, Chemnitz; Gebr. Lange, Plauen; „Werdauer Tageblatt“, Werdau; Wachs- und Ledertuchfabrik Treuen; Willi Müller & Co., Reichen- Ernst Heydenreich, Leipzig; Gebr. & Co., Dresden, je 500 R.M.; Scholke & Winkler, Leipzig, 540 R.M.; A. Rich-ter & Sohn, Ostroh; Richard Schöninger, Rodewich; Emil Ramprath, Freiberg; Ernst Georg Bargon, Dresden; Elt-Metall, Dresden; Ludwig Wagner, Leipzig; Schulz & Dan-ner, Reichenbach, je 500 R.M.; Kurt Wunderlich, Leipzig; Dr. Joh. Lehmann, Chemnitz; „Gilde“-Versicherungs-A.-G., Dresden; Radebeuler Maschinenfabrik, Radebeul, je 450 R.M. August Rödger, Zwickau, 420 R.M.; Konul Trebbin, Plauen, Hans von Stern, Leipzig; Nikolaus Schaller, Obernhau-je 400 R.M.; Gebr. Pfund, Dresden, 385 R.M.; Paul Ditt-lich, Leipzig, 360 R.M.; Ferdinand Raffe, Riesa, 350 R.M.; Schmidt, Oberstleutnant a. D., Radeburg, 330 R.M.; Dr. Friedrich Hiegl, Chemnitz; Hermann Reuter, Leipzig, Jo-hann August Roje, Borna; Paul Reichardt, Riesa; Gebr. Klaus, Neustadt; Heinrich Weeren, Niederleschitz; Karl Stopp, Beyer; Gebr. Schrader, Leipzig; Sean Lambrette, Reichen-bach; Heinrich Münch, Dresden; Müller & C. W. Thiel, Dresden; Dynamit-A.-G., Böblich-Ehrenberg; Hertha Gie-ckede, Leipzig; Frieda Giesede, Leipzig; und Paul Diener, Marienberg, je 300 R.M.

Deutscherse. Belgien (Belgien) 42,08 (Gold) 42,16 (Brief), dan. Krone 54,50 54,60, engl. Pfund 12,205 12,235, franz. Franc 11,61 11,63, holl. Gulden 135,20 135,34, ital. Lira 13,00 13,11, norm. Krone 61,35 61,47, österr. Schilling 48,95 49,05, poln. Zloty 47,04 47,14, schwed. Krone 62,93 63,05, schwed. Franken 57,18 57,30, span. Peseta 20,98 21,02, tschech. Krone 8,766 8,781, amer. Dollar 2,488 2,492.

Leitpruch für 5. Dezember

Es gibt keinen Arbeitgeber und keinen Arbeitnehmer vor den höchsten Interessen der Nation sondern nur Arbeitsbeauftragte des ganzen Volkes. Adolf Hitler.

Einweisung des Bürgermeisters Karl Hummel

Seit mehr als einem Jahre war das Amt des Bürgermeisters unserer Stadt verwaist. Am 8. November 1935 war Bürgermeister Dr. Höhmann allen unerwartet gestorben und seit diesem Tage haben anfangs Stadtrat Schwind, seit Neujahr stellv. Bürgermeister Werner das Amt mit großer Treue und williger Über-nahme der ihnen dadurch entstehenden wesentlichen Nebenarbeiten verwaltet.

Wohl war bereits vor einiger Zeit Kaufmann Steinel in Plauen i. V. als Nachfolger Dr. Höhmanns berufen worden. Krankheit machte es Unmöglich, sein Amt anzutreten. Ferner wurde der

Verwaltungsinpektor Karl Hummel bei der Stadtverwaltung in Hohenstein-Ernstthal zum Bürgermeister von Dippoldiswalde

berufen und am 3. Dezember feierlich in sein Amt eingeweiht. Im Rathausaal, der aus Anlaß dieses für die Stadt wichtigen Tages mit grünem Pflanzenzweigschmuck mit Fahnen des Reiches und dem Stadtbanner festlich geschmückt war, versammelten sich um 1/2 Uhr nachmittags Kreisleiter Freund, Amtshauptmann Freiberger von Miltitz, Ortsgruppenleiter Preusker, stellv. Bürgermeister Werner, die Beigeordneten und Ratsherren, die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadtverwaltung, die Lehrer der städtischen Schulen und andere Geladene, sowie Vertreter der Stadtverwaltung und verschiedener Organisationen von Hohenstein-Ernstthal.

Nach einem einleitenden Musikvortrag, einem Streichquartett unter Musikdirektor Werners Leitung, Allegro aus dem Quartett Nr. 5 von Mozart, sprach Kreisleiter Freund.

Er betonte eingangs, daß die Berufung und Einweisung eines Bürgermeisters in heutiger Zeit etwas ganz anderes ist und viel mehr bedeutet, als vor der Nachkriegszeit; denn in jener Zeit war ein Bürgermeister ein Beamter, der an die Befehle seiner Kollegen gebunden war und diese durchzuführen hatte, während heute, wo das Führerprinzip auch in der Gemeindeverwaltung durchgeführt ist, der Bürgermeister nicht rein verwaltungsmäßig die Geschäfte zu führen hat, sondern dem Titel seines Amtes entsprechend ein Helfer der Bürger, ein Führer und Leiter der Gemeinde sein soll. Er hat nicht nur die volle Verantwortung für alles Tun und Lassen, er hat die Pflicht, so zu handeln, wie ihm sein nat.-soz. Gewissen es ihm vorschreibt. In dem Bürgermeister liegt es, ob eine Gemeinde gut betreut ist oder nicht.

Wenn nun hier, so fuhr Kreisleiter Freund fort, ein alter Parteigenosse das Amt des Bürgermeisters übernimmt, so ist das Gewähr, daß er dieses Amt als rechter Nationalsozialist führen wird. Er wies dann hin auf die vielen und schweren Aufgaben, die dem neuen Bürgermeisters hier in einer Grenzstadt warten, die nicht so groß ist, daß sie erfolgreich und ohne Schaden die Nähe einer Großstadt tragen kann, wo es viel zu helfen und auszugleichen gibt.

Kreisleiter Freund versicherte den neuen Bürgermeister seines vollen Vertrauens, daß er nicht nur als guter Verwaltungs-beamter die Geschäfte führen, sondern als Nationalsozialist tätig sein werde, ein Vater und Mensch, der die Sorgen und Kummer-nisse auch des letzten Volksgenossen versteht und ihm hilft. Er begrüßte Bürgermeister Hummel in der Erwartung, daß er gemäß nat.-soz. Welt- und Lebensanschauung handeln und daß diese immer der Inhalt seiner Lebensaufgabe sein werde.

Alsdann erfolgte die Einweisung und Verpflichtung durch Amtshauptmann Freiberger von Miltitz als den Leiter der vorgelegten Dienstaufsichtsbehörde. Er erklärte dabei, daß ihm das umso leichter falle, da er wisse, daß Bürgermeister Hummel ein in allen Fächern erfahrener Berufsbeamter sei, und er sei fest davon überzeugt, daß, wenn er nun die in seiner langjährigen Be-amten-Tätigkeit gesammelten Erfahrungen in den Dienst der Stadt stelle, dies zum Nutzen und Segen Dippoldiswaldes gereichen werde. Habe er als Leiter der Dienstaufsichtsbehörde darüber zu wachen, daß die erlassenen Verordnungen und Befehle befolgt, die Geschäfte nach den gegebenen Richtlinien geleitet werden, so ver-lichere er ihm aber auch, mit seiner Bewusstheit, ihm in der Führung seines Amtes mit Rat und Tat beizustehen.

Amtshauptmann Freiberger von Miltitz richtete dann an Bürgermeister Hummel unter Berufung auf den bereits geleisteten Verdienst die Frage, ob er sein Amt mit Gewissenhaftigkeit, Verschwiegenheit und Befolgung der Befehle führen wolle, was dieser mit lautem „Ja“ beantwortete. Darauf verpflichtete er den neuen Bürgermeister mit Handschlag und wünschte ihm eine lange und glückselige Tätigkeit.

Stellvert. Bürgermeister Werner verlas darauf den Wortlaut der von ihm und Stadtrat Schwind unterschriebenen Anset-zungsurkunde, nach welcher Bürgermeister Hummel unter dem 3. Dezember von Kreisleiter Freund als Amtshauptmann Freiberger zum hauptamtlichen Bürgermeister von Dippoldiswalde berufen worden ist.

Er sprach dem Neuerwählten die Glückwünsche der Beigeor-dneten, Ratsherren und der gesamten Einwohnerschaft aus. Wenn auch dank der erfolgreichen und geschickten Politik der Reichs-regierung das Gelingen der Arbeitslosigkeit von der Stadt gewich-n sei, beständen doch noch viele Wünsche, deren Erfüllung die Einwohnerschaft im Rahmen des wirtschaftlichen Aufbau-Pro-gramms von dem neuen Bürgermeisters Wirken erwarte. Gern und freudig würden Beigeordnete und Ratsherren ihm zur Seite stehen.

Indem stellv. Bürgermeister Werner das von ihm seit 1. Jan-uar dormalste Bürgermeisteramt dem neuen Stadtoberhaupt über-gab, wünschte er ihm, daß seine Tätigkeit sich zum Wohle der Stadt, zum Besten des Vaterlandes und zur Freude für ihn selbst auswirken möge.

Im Namen und im Auftrag der städt. Beamten, Angestellten und Arbeiter übermittelte Oberinspektor Hell Gröhe und Glück-wünsche, Gröhe für bestes Wohlergehen in der neuen Heimat, auch für die Familie, Wünsche für ein glückliches und erfolgreiches Schaffen im neuen Wirkungskreise. Oberinspektor Hell verband damit das Gelübnis treuer Gefolgschaft und steter Pflichterfüllung, aber auch die Bitte, allen ein wohlwollender und vertrauender Vorgesetzter bei der gemeinsamen Arbeit im Dienste der Stadt und Volksgemeinschaft zu sein.

Dann kamen Herren aus dem bisherigen Wirkungskreise des neuen Bürgermeisters zu Worte. Bürgermeister Dr. Bald aus Hohenstein-Ernstthal, betonte das große Vertrauen und die hohe Wertschätzung, die Bürgermeister Hum-mel in Hohenstein-E. genossen habe, was durch die Anwesenheit so vieler Mitarbeiter und Freunde bei dieser Einweisungsfest-dokumentiert werde, und wertete den Tag als einen solchen der Freude, daß er auf Grund seiner gemeindepolitischen Erfahrung in dieses Amt berufen worden sei. Er hob die erfolgreiche Tätig-keit Hummels in mehr als 20 Jahren in den verschiedensten ge-meindlichen Abteilungen in Hohenstein-E. hervor und dankte für die ihm (Redner) gewordene Unterstützung. Er hob hervor, wie Bürgermeister Hummel mit allen Kreisen der Bevölkerung zu-sammen gearbeitet habe und besonders im Färjorgeamte schöne Erfolge erzielt habe. Er wünschte ihm im neuen Amte besten Er-folg, wünschte, daß er hier bald gleiches Vertrauen und gleiche Freund-schaft hier entgegengebracht werde, wie an seiner bisherigen Wir-kungskreise.

Ortsgruppenleiter Wildeck, Hohenstein-E. dankte unserem neuen Bürgermeister für seine 12 1/2-jährige Tätigkeit im Dienste der dortigen Ortsgruppe, für seine Arbeit im Dienste der NSD-Ortsgruppe, die er aufgebaut und organisiert habe und für seine 3 1/2-jährige Tätigkeit als Stadtrat, sowie die dem Redner geleistete persönliche Unterstützung in manchen harten Sträu-ßen. Er wünschte, daß ihm bald gleiches Vertrauen und gleiche Freund-schaft hier entgegengebracht werde, wie an seiner bisherigen Wir-kungskreise.

Im Namen des Kreisgerichts Glauchau III, Sitz Hohenstein-E., dem Karl Hummel 11 Jahre angehört hat und dessen Vorkämpfer er zuletzt gewesen, brachte P. Meude Gröhe und Wünsche für das neue Amt, für erfolgreiches Wirken zum Segen unserer Stadt und des Vaterlandes. Als Dankeszeichen überreichte er ein Bild.

Endlich sprach für das Amt für Erzieher P. Wäcker, Hohenstein-E. noch Dank und Wünsche und viel Freude im neuen Amte aus und versicherte, daß Lehrerschaft und Schüler sein Wirken nicht vergessen werden.

Nach einem weiteren Musikstück, Scherzo aus dem Quartett Nr. 4 von Beethoven, wandte sich Bürgermeister Hummel an die Anwesenden.

Er dankte für die Glückwünsche und die Worte der Anerken-nung aus seiner Hohenstein-Ernstthaler P. und versicherte, daß sie ihm Ansporn zu treuester Pflichterfüllung sein werden. Er ge-löbte, nur ihr zu leben. Diese Auffassung entspringe der Ver-antwortlichkeit gegenüber dem Führer, dem er allein die Beru-fung verdanke.

Wörtlich sagte er weiter:

Für mich ist das Amt als Bürgermeister kein Ruheposten, sondern weiter nichts, als eine vorgeschobene Stellung, von der aus der Kampf der nat.-soz. Idee um das Herz eines jeden Volksgenossen noch weiter nach vorn zu tragen ist. Daraus geht her-vor, daß ich mit meiner ganzen Kraft dem Amte und der Bewe-gung diene, der auch mein ganzes Herz gehört.

Mein Wille ist daher:

Ich will die Befehle des nationalsozialistischen Staates jederzeit beachten und einhalten. Vor allem will ich die städtischen Finan-zen treu und gewissenhaft verwalten. Alle zu erlassenden amt-lichen Maßnahmen und alle Handlungen will ich vorherber stets darauf hin prüfen, wie sie auf mich wirken würden, wenn ich selbst davon betroffen wäre.

Ich will kein Bürgermeister sein, der, wie hinter Kloster-mauern den Volksgenossen unerreichtbar ist, sondern ich will in ständiger Berührung mit der Bürgerschaft leben und für jeden täglich zu sprechen sein. Dadurch können dann jederzeit berech-tigte Wünsche an mich herangefragen werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Einwohnerschaft bit-ten, meine Einweisung als die Vorkennung für alle Volksgen-ossen von Dippoldiswalde zu betrachten. Es widerspricht meinem nationalsozialistischen Empfinden und wäre als ein Mangel an Volksgenossenschaft zu bezeichnen, wollte ich Antrittsbefehle nur bei einem kleinen Kreis der Volksgenossen machen.

Ich werde mich nur vorstellen den im Orte befindlichen Par-teiidentifikationsstellen, Staats-, Reichs- und sonstigen Behörden, sowie bei den vorhandenen Betrieben.

Das mir bei meiner Vorstellung vor dem Beauftragten der NSDAP, den Beigeordneten und Ratsherren am 30. Okt. 1936 gestellte Thema: „Aufgaben eines Bürgermeisters einer indus-triellen Grenzstadt zur Wiederbelebung der Wirtschaft“ werde ich mit aller Kraft versuchen, in der Praxis zu lösen. Ich richte daher schon heute von dieser Stelle aus an die Einwohnerschaft von Dippoldiswalde und auch an meine vorgehenden Dienst-stellen die herzlichste Bitte, mir bei diesem Vorhaben tatkräftig mit zu helfen. Der Kampf zur Lösung dieses Problems beg-ant bereits in den nächsten Tagen.

Den mir unterstellten Beamten, Angestellten und Arbeitern will ich ein guter Führer und Kamerad sein. Kameradschaft ist aber für mich, nicht Schlampelei zuzudecken, sondern der Aus-druck gegenseitiger Hochachtung im Wetteifern um höchste Pflicht-erfüllung.

So, wie ich mich bemühen werde, mein Kreisleiter, in Ihrem Kreis als Parteigenosse tatkräftig mitzuwirken, so verspreche ich Ihnen, Herr Amtshauptmann, jederzeit ein pflichttreuer Beamter zu sein.

Meinem Führer Adolf Hitler aber gelobe ich aufs Neue: unwandelbare Treue. Seine heilige Idee — meine Religion; er selbst — mein Glaube!

Seine Rede schloß Bürgermeister Hummel mit dem Gruß an den Führer, worauf der Gesang des Deutschland- und Hoff-Wechsel-Viedes den feierlichen Einweihungsakt beendete.

Auch die Schriftleitung der „Weißeritz-Zeitung“ nimmt an dieser Stelle gern Gelegenheit, den neuen Bürgermeister mitkom-men zu heißen und ihm für sein neues Amt alles Gute, alle Er-folge und viel Freude zu wünschen und spricht die Versicherung aus, sein Wirken und Wollen im Dienste unserer Heimatstadt nach jeder Richtung freudig zu unterstützen.

Karl Rudolf Hummel wurde am 16. Februar 1894 in Waldheim geboren. Vom 6. bis 14. Lebensjahre (1900—1908) be-suchte er die Bürgerschule (Selektia) seines Geburtsortes, absol-vierte dort von Ostern 1908 bis Ostern 1911 seine Lehrzeit und war dann bis 15. Januar 1912 als Beamtenanwärter tätig. Vom 16. Januar 1912 bis 31. Dezember des gleichen Jahres war er als Beamtenanwärter beim Stadtrat zu Auerbach i. V., ab 1. Januar 1913 als Expedient, später als Kassassistent bei der Gemeinde Breslitz, jetzt Dresden, in Dienst. In dieser Stellung blieb er bis 31. Januar 1916. Seit 1. Februar 1916 stand er im Dienste der Stadt Hohenstein-Ernstthal und war zuletzt dort als Verwal-tungsinpektor Leiter des städt. Färjorgeamtes und zugleich als ehrenamtlicher Stadtrat der Departement dieses Amtes. Tätig war er in folgenden Verwaltungsabteilungen: Allgemeine Verwaltung, Standesamt, Steuerkasse, Spar- und Girokasse, Krügerfärjorge, Baupolizei und Färjorgeamt.

Am 11. September 1916 wurde er zum Kriegsdienste eingezo-gen und zwar zum Ers.-Batt. Inf.-Reg. 170, 4. Komp. in Wurzen. Er kam am 23. Januar 1917 mit dem Landst.-Batt. XIX 28, 4. Komp. ins Feld und zwar nach Rumänien, wo seine Truppe der 3. Bulgarischen Armee als Verwaltungstruppenteil zugeteilt war. Am 4. 1. 1919 aus dem Felde heimgekehrt, wurde er am 31. 1. 1919 aus dem Heere entlassen. Er besitzt an Kriegsaus-zeichnungen die Friedrich-August-Medaille in Bronze und Kriegs-ehrenkreuz.

Bürgermeister Hummel ist seit 27. Dezember 1921 verheiratet und hat ein Mädchen.

Seit 13. November 1925 ist er Mitglied der NSDAP, hat die Mitgliedsnummer 23577 und ist Inhaber des Goldenen Ehrenzeichens und des Ehrenzeichens des Bundes Sachsen. Es waren ihm in Hohenstein-Ernstthal eine größere Zahl Partei-ehrenämter übertragen.

Zwölfjährige Schulzeit wird durchgeführt

Ein Erlass des Reichserziehungsministers

Berlin, 4. Dezember. Reichserziehungsminister Kauff hat vor kurzem angekündigt, daß die Neuordnung des höheren Schulwesens die zwölfjährige Schulzeit einführen wird. Da aber die Verlängerung der Dienstzeit beim Heer für die jetzigen Jahrgänge eine sofortige Neuordnung der Ausbildungszeit erheischt und der Erfolg der Arbeitschlacht des nationalsozialistischen Staates sich bereits auswirkt, daß in vielen akademischen Berufen ein erhöhter Nachwuchsbedarf eingetreten ist, hat der Reichserziehungsminister durch Erlass vom 30. November 1936 angeordnet, daß die jetzigen Schüler der Unterprima der höheren Schulen für Jungen bereits am Schluß dieses Schuljahres die Reifeprüfung ablegen und zwar in der Woche vom 15. bis 20. März 1937. Dabei fällt die schriftliche Prüfung fort.

In einigen wichtigen Fächern ist mit den Unterprimanern auch der Lehrstoff der Oberprima in den wesentlichsten Grundzügen bis zum Schluß des Schuljahres zu erarbeiten. Die erforderliche Zeit wird durch die verschiedenen Einzelmaßnahmen gewonnen. Um einer Überlastung der Lehrer und Schüler vorzubeugen, hat der Stellvertreter des Führers veranlaßt, daß sie vom Dienst in der Partei und ihren Gliederungen bis zum Ende des Schuljahres sofort befreit werden.

Für die nachrückenden Klassen werden Uebergangsmassnahmen getroffen. Die jetzigen Obersekundaner werden bereits Ostern 1938 die Reifeprüfung ablegen. Auch für die Schüler der jetzigen Oberprima, die in der Woche vom 1. bis 6. Februar 1937 die Reifeprüfung ablegen, fällt die schriftliche Prüfung fort. Durch diese Anordnungen, die naturgemäß den Charakter von Uebergangsmassnahmen tragen müssen, wird die zwölfjährige Schulzeit mit sofortiger Wirkung praktisch durchgeführt.

Letzte Nachrichten

Mit Stricknadeln gegen den Bürgermeister

In Pleasantville im Staate New Jersey stürmte eine Gruppe von 77 wütenden arbeitslosen Frauen das Rathaus und richtete sich dort für einen längeren Aufenthalt ein. Der Bürgermeister und die Gemeinderäte flüchteten vor den freischwebenden Frauen, die Stricknadeln als Waffen benutzten. Die Frauen erklärten, nicht eher weichen zu wollen, bis ihnen die Stadt Arbeit verschaffe. Sie sind schon seit Jahren arbeitslos und blieben seit mehreren Tagen ohne Unterstützung.

Von Familienangehörigen wurden ihnen Matrasen und Lebensmittel ins Rathaus gebracht, um ihnen die Durchführung der Drohung zu ermöglichen.

Kotmord

Nach aus Sevilla vorliegenden Meldungen haben die Roten in Alicante trotz der Eingaben der konsularischen Vertreter einundfünfzig nationale Spanier, die als Geiseln festgehalten worden waren, erschossen. Wie es heißt, soll diese furchtbare Bluttat als Vergeltungsmaßnahme für die Bombardierung der Stadt durch nationale Flieger verübt worden sein. Der Bürgermeister von Alicante habe angeblich erklärt, daß er den Forderungen der anarchistischen Elementen nicht habe Widerstand leisten können.

Antwort auf die Mitteilung der Reichsregierung.

Auf die Mitteilung der Reichsregierung vom 14. November 1936 von ihrem Entschluß, die Versailler Bestimmungen über die deutschen Ströme als für sie nicht mehr verbindlich zu betrachten, haben einige der unterrichteten Regierungen Antworten erteilt. In diesen nehmen sie in verschiedener Weise zu den Ausführungen der deutschen Note Stellung.

Zwei neue Senatoren in der Danziger Regierung.

Der Danziger Volkstag trat zu seiner 11. Vollziehung zusammen. Zum unbesoldeten Senator für das Gesundheitswesen wurde der Direktor des Städtischen Krankenhauses und der Staatlichen Frauenklinik in Danzig, Oberregierungsmedizinalrat Dr. Erich Großmann, und zum unbesoldeten Senator ohne Geschäftsbereich Staatsrat Dr. Schimmel gewählt. Ferner lagen Anträge der Justizverwaltung des Senats bzw. des Oberstaatsanwalts zur Strafverfolgung und Urteilsvollstreckung wegen deutschfeindlicher Betätigung gegen einige Abgeordnete der Opposition vor. Diese Anträge wurden mit den Stimmen der SEDAP. angenommen.

Hausdurchsuchungen bei belgischen „Freiwilligen-Werbebüros“ für Spanien.

Brüssel, 3. Dezember. Die planmäßigen Anwerbungen für die rote Armee in Spanien, die kürzlich Gegenstand von Interpellationen in der Kammer und im Senat waren, haben jetzt die Behörden veranlaßt, aus ihrer bisherigen Zurückhaltung herauszutreten. In den Bezirken der Appellhöfe von Brüssel, Lüttich und Gent sind am Mittwoch und Donnerstag zahlreiche Durchsuchungen durchgeführt worden, so bei dem Generalsekretär der Sozialistischen Partei Jean Delvaige, dessen internationale Tätigkeit für die Roten in Spanien schon vor längerer Zeit aufgedeckt worden ist. Ferner wurden Durchsuchungen vorgenommen bei führenden Persönlichkeiten der kommunistischen Partei, bei dem belgischen Sekretär der Internationalen Roten Hilfe, bei einer ehemaligen Angestellten der Roten Hilfe, bei einem kommunistischen Provinzialrat und einem Anarchisten.

Ueber das Ergebnis der Durchsuchungen wird vorläufig nur mitgeteilt, daß zahlreiche Schriftstücke beschlagnahmt worden seien. Die Hausdurchsuchungen sind ziemlich schlagartig in mehreren Orten, u. a. in Brüssel, Antwerpen, Charleroi, Mons, Lüttich, Verviers, Sup durchgeführt worden.

Die Pariser Weltausstellung soll nicht verschoben werden

Paris, 3. Dezember. Der Generalkommissar für die Pariser Weltausstellung von 1937, Ladbé, gibt bekannt, daß entgegen anders lautenden Gerüchten die Ausstellung am vorgesehenen Zeitpunkt, d. h. am 1. Mai 1937 eröffnet werden würde.

Neuer Taifun über den Philippinen

New York, 3. Dezember. Wie aus Manila gemeldet wird, wurden mehrere Provinzen der Philippinen erneut von einem schweren Taifun heimgesucht. Große Ueberschwemmungen richteten bedeutenden Schaden an. Auch ein großer Teil der Ernte wurde vernichtet.

Mehrere Fischerboote wurden vom Taifun auf offener See überrascht. Bisher steht fest, daß ein Fischer ertrunken ist, während 12 weitere vermißt werden.

Das Gesetz über das Kriegsmaterialtransportverbot für englische Schiffe

London, 3. Dezember. Nachdem auch das Oberhaus in seiner Sitzung am Donnerstag das Gesetz, das britischen Schiffen den Transport von Kriegsmaterial von ausländischen Häfen nach Spanien verbietet, in allen drei Lesungen angenommen hat, erteilte König Eduard VIII. seine Zustimmung, womit die Vorlage nunmehr Gesetzeskraft erlangt hat.

Krach in der Sowjetrussischen Botschaft in Paris

Paris, 3. Dezember. Am Donnerstag nachmittag kam im Hof der Sowjetrussischen Botschaft in Paris zu einer lärmenden Kundgebung. Zehn Sowjetrussen, darunter zwei Frauen, die man nicht in der Botschaft empfangen wollte, stießen Protestrufe im Hofe der Botschaft aus. Es mußte Polizei herbeigerufen werden, der es gelang, die Kundgebung aus dem Botschaftsgebäude zu entfernen.

Schlachtviehmarkt

Dresden, 3. Dezember. Auftrieb: 32 Rinder, darunter 1 Ochse, 1 Bulle, 28 Kühe, 2 Färsen; 662 Kälber; 132 Schafe; 498 Schweine. Preise: Rinder —, Kälber: Sonderklasse —, andere Kälber: a) 63, b) 53, c) 38, d) —. Schafe —. Schweine: a) 56, b) 1. 55, 2. 54, c) 52, d) 50, e) bis g) —. Ueberstand: 45 Schafe. Marktverlauf: Rinder und Schafe belanglos. Kälber und Schweine verteilt.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 6. Dezember 1936. — 2. Advent.
Kollekte für die Bahnhofsmission.
Dippoldiswalde. Text: Luk. 21. 33; Lied: 27. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit anstchl. Abendmahlfeier: Sup. Fügner. 2 Uhr Taufgottesdienst: Pf. Jünker. Nachm. 6 Uhr Adventsandacht mit anstchl. Abendmahlfeier: Sup. Fügner.

Werde Mitglied
des RLB.

Auch das kleinste
„Weißeritz-Zeitung“
hat guten Erfolg!

HEINLICHSPIELE

Heute Freitag 1/28, Sonnabend 1/29, Sonntag 8 und 1/29 Uhr

Der aufsehenerregende Ufa-Großfilm, nach dem vielgelesenen Meisterwerk von Rudolph Strauß:

Schloß Vogelöd

Walter Steinbock, Carola Höhn, Hans Stähle, Käthe Haack und viele andere — Ufa-Lonowochel Großes Ufa-Perlprogramm!

Ämtliche Bekanntmachung.

Die Unternehmervereinigungen der schlesischen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen legen vom 7. Dezember 1936 ab an 14 Werktagen im Rathaus, Zimmer 17, zur Einsicht aus. Die Restbeiträge für 1936 sind unbeschadet etwaiger Einprüche an die mit der Einhebung beauftragten Beamten zu entrichten, da andernfalls zwangsweise Einziehung und Zinsenforderung erfolgen muß. — Auf Ersuchen der Berufsvereinigungen werde ich darauf hin, daß im Rathaus, Zimmer 17, der Geschäftsbericht für 1935 eingesehen werden kann.

Dippoldiswalde, am 2. Dezember 1936. Der Bürgermeister.

Morgen Sonnabend früh, den 5. Dezember, stelle ich einen frischen Transport, ca. 25 Stück, ganz starke und mittlere

Ostpr.-Holländer
Kühe und Kalben



hochtragend und mit Kälbern, sowie 10 Stück 1/2- bis 1-jährige Kälber sehr preiswert zum Verkauf und zum Tausch auf Schlachtvieh

Richard Herrlich,
Ober-Colonius Fernruf: Amt Rhygenberg 42

NB. Hochtragende und frischgekalbte Kühe und Kalben von 400 M. ab.

Filzschuhwaren

kauft man beim Fachmann

Woll-Filzschuhe, Filztiefel, Filzpantoffel, Kamelhaarische, Einziehschuhe und Pantoffel, Einlegesohlen in unübertroffener Auswahl bei

Dippoldiswalde **L. G. Schwind**, Hutmachermeister

Filzschuh-Reparaturen werden schnell und sauber in eigener Werkstatt ausgeführt



Werde Mitglied
der NS.-Volkswohlfahrt!

Praktische
Weihnachtsgeschenke

Schuhe



Große Auswahl in allen modernen Schuhwaren für
Strasse, Sport, Tanz, Gummiüberschuhe, Filzschuhe usw.

in allen Preislagen und Ausführungen können Sie in den unterzeichneten Schuhgeschäften von Dippoldiswalde haben. Wir sind gern bereit, schon jetzt ausgesuchte Waren bis zum Fest zurückzustellen.

Florian Geschuh · Heinrich Jüdel · Radestock · Thömel · Wolf
Allenberger Straße · Brauholzstraße · Kirchplatz · Brauholzstraße · Herrengasse · Brauholzstraße · Schuhgasse

„Tag der nationalen Solidarität“

Das Gesetz über das Winterhilfswert

Deutsche Schicksalsgemeinschaft

Regierungsrat Dr. Peter Gast vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda sprach vor Vertretern der Presse über das neue Gesetz über das Winterhilfswert des deutschen Volkes. Er führte u. a. aus: Das Gesetz schafft nichts grundsätzlich Neues, sondern es bestätigt den jetzigen Zustand. Das Gesetz bedeutet nur den Abschluß einer organischen Entwicklung von mehr als drei Jahren Dauer, es bedeutet die endgültige Stabilisierung eines natürlich gewachsenen Zustandes. Dieses Wert ist ins Leben gerufen worden durch einen Auftrag, den der Führer im Herbst 1933 dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda gab. Das ganze Volk schloß sich zu einem gemeinsamen Kampf gegen Hunger und Kälte zusammen. Die überwältigenden Erfolge kennt jeder Deutsche.

Das Winterhilfswert hat sich im Herzen des deutschen Volkes einen Platz erobert, von dem es nicht wieder zu verdrängen ist. Es steht organisatorisch fertig da, und damit ist der Augenblick gekommen, um es auch rechtlich in die Form zu bringen, die ihm nach seiner tatsächlichen

Wer sein Volk liebt, beweist es durch nationalsozialistische Tatkraft!

Frink

Stellung zukommt. Das neue Gesetz will dem Winterhilfswert diese Rechtsstellung geben; es trägt so dazu bei, das Winterhilfswert dem deutschen Volke in der jetzigen Form für alle Zeiten zu erhalten.

Denn das Gesetz das Winterhilfswert für rechtsfähig erklärt, so enthält es eine Anerkennung der Bedeutung, die sich das Winterhilfswert im deutschen wirtschaftlichen Leben erworben hat. Man darf nicht vergessen, daß das W.H.W. mit seinen vielen hundert Millionen RM. Umsatz ein Wirtschaftsfaktor von allergrößter Bedeutung geworden ist.

Die weitere gesetzliche Bestimmung, daß das Winterhilfswert durch den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda geführt und beaufsichtigt wird, sowie daß auf seinen Vorschlag der Führer und Reichskanzler den Reichsbeauftragten für das Winterhilfswert ernennt, enthält lediglich eine Bestätigung des jetzt schon bestehenden Zustandes, von dem damit anerkannt wird, daß er sich bewährt hat. Schließlich regelt das Gesetz noch die Durchführung der Sammlungen des Winterhilfswerkes; dieses erhält eine Sonderstellung, indem es von den Vorschriften des Sammlungsgesetzes freigestellt wird.

Von besonderer Bedeutung ist bei einem Wert, das auf freiwilligen Opfern aufgebaut ist, die Frage der Rechnungsprüfung. Denn der Volksgenosse, der für das Hilfswert gibt, muß wissen, daß sein Beitrag auch wirklich an die Stelle kommt, für die er bestimmt ist. Bei dem Winterhilfswert des deutschen Volkes war es nicht erforderlich, eine solche Rechnungsprüfung durch das Gesetz neu zu schaffen, denn sie bestand bereits. Sie wurde durch die Revisionsorgane des Schatzmeisters der NSDAP. vom ersten Jahre an durchgeführt. Es bleibt auch hier in der Praxis beim bisherigen Zustand, der sich absolut bewährt hat.

So wird durch das Gesetz dem großen Hilfswert, auf das das deutsche Volk stolz ist, und um das uns das Ausland beneidet, der Platz im Staate zugewiesen, der ihm zukommt. Das Winterhilfswert des Deutschen Volkes wird jetzt und in aller Zukunft für den Kampf gegen Hunger und Kälte eingesetzt werden können; es wird aber über diese unmittelbare Aufgabe hinaus auch weiterhin dem hohen Ziel dienen, das Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Volkes zu stärken und damit den Sinn für den wahren Sozialismus der Tat zu wecken. Symbolisch für dieses Gefühl der unbedingten Schicksalsverbundenheit aller Deutschen ist der Tag der nationalen Solidarität, den wir am kommenden Sonnabend begehen. Es mag als glückhaftes Zeichen gedeutet werden, daß die erste große Straßenammlung des Winterhilfswerkes, die nach dem Erlaß des Gesetzes stattfindet, gerade auf diesen Tag fällt.

Der Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP. Bouhler zum Winterhilfswerk:

In die uns einstimmig die unermessliche Opferbereitschaft der deutschen Volksgenossen bewahrt und bestärkt in der Opferbereitschaft alle im Winterhilfswerk des deutschen Volkes. Das ist der einzige Punkt, der uns in diesem Winterbewußtsein, auf die uns die Opferbereitschaft der deutschen Volksgenossen zu helfen. Sie, die unsere Volksgenossen sind, haben ein Recht auf unser Opfer.

R. Bouhler

Reichsminister des Auswärtigen Fehr. v. Neurath zum Winterhilfswerk:

Opferbereitschaft für die Allgemeinheit ist im nationalsozialistischen Deutschland selbstverständliche Pflicht eines jeden Volksgenossen. Im Dienste dieses Gedankens hat sich das Winterhilfswerk hervorragend bewährt. Möge ihm auch im kommenden Winter der gleiche Erfolg wie bisher beschieden sein.

Fehr. v. Neurath

Reichspost- und Reichsverkehrsminister Fehr. v. Elb-Rübenach zum Winterhilfswerk:

Größte Märkte werden mit

der größten Opfer bringen.

Berlin im November 1936.

Fehr. v. Elb-Rübenach

Einheitliches Steuerrecht

Staatssekretär Reinhardt über die Realsteuerreform

Seit dem Wirtschaftsaufschwung, der sich 1933 angebahnt und seitdem angehalten hat, ist auch das deutsche Steuerwesen, mit den Jollen die wichtigste Einnahmequelle des Staates, ständig gestiegen. Daß diese Einnahmequelle des Staates in vieler Hinsicht reformbedürftig war, ist bekannt. Ueber die jüngste Steuerreform, die der Realsteuer, sprach Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, vor der Presse. Er führte u. a. aus: Die Realsteuern sind bisher Steuerquellen der Länder, der Gemeinden und in einigen Ländern, so zum Beispiel in Bayern und in Thüringen, auch der Gemeindeverbände gewesen. Es gab überall im Reichsgebiet eine Grundsteuer und eine Gewerbesteuer, es gab aber keine einheitliche reichsgesetzliche Grundlage. Die gesetzliche Regelung bestand für jede der beiden Steuern in sechzehn verschiedenen Landesgesetzen. Die Grundsätze und Vorschriften in diesen sechzehn Landesgesetzen waren verschieden, so daß im deutschen Reichsgebiet ein vielfach verschiedenes Grundsteuerrecht und Gewerbesteuerrecht bestand.

Bereinheitlichung der Realsteuern, Vereinfachung des Steuerwesens

Durch die Realsteuerreform vom 1. Dezember 1936 sind die sechzehn Landesgesetze abgelöst worden durch ein Reichsgesetz. Danach sind Grundsteuerrecht und Gewerbesteuerrecht für das gesamte Reichsgebiet einheitliches Reichsrecht. Die sechzehn Grundsteuergesetze, die im Deutschen Reich vorhanden gewesen sind, werden abgelöst durch ein Grundsteuergesetz, und die sechzehn Gewerbesteuer Gesetze durch ein Gewerbesteuer Gesetz. An die Stelle von zweiunddreißig Realsteuergesetzen treten zwei Realsteuergesetze. Diese Vereinheitlichung ist zugleich eine sehr bedeutende Vereinfachung des deutschen Steuerwesens. Eine weitere sehr bedeutende Vereinfachung ist die folgende: Bisher wurde in den meisten Ländern jede der beiden Realsteuern erhoben durch das Land und in Form von Zuschlägen durch die Gemeinden. Den Reichsgesetzen vom 1. Dezember 1936 gemäß sind zur Erhebung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer im gesamten Reichsgebiet — so wie bei der Gewerbesteuer bisher bereits in Preußen — nur noch die Gemeinden berechtigt. An die Stelle von bisher zwei oder drei oder vier Steuerberechtigten tritt ein Steuerberechtigter. Die Grundsteuer und die Gewerbesteuer sind nach Inkrafttreten der neuen Steuergesetze einzig und allein Gemeindesteuern.

Neue Gestaltung der Lasten, der Aufgaben und des Ausgleichs

Die Erklärung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zu reinen Gemeindesteuern bedeutet eine Abdrängung der Länder und der Gemeindeverbände von den Realsteuern und demgemäß eine Verlagerung der unmittelbaren Steuerquellen zugunsten der Gemeinden. Diese Umlagerung von Einnahmequellen aus dem Verfügungsbereich der Länder und der Gemeindeverbände in den Verfügungsbereich der Gemeinden bedingt eine entsprechende Neugestaltung der Lastenverteilung und Aufgabenverteilung zwischen Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden. Es müssen Lasten und Aufgaben von den Ländern auf die Gemeinden übertragen werden. Die Maßnahmen, die durch die einzelnen Länder zu treffen sein werden, werden verschieden sein. Der Reichsminister der Finanzen und der Reichsminister des Innern werden Grundsätze aufstellen, nach denen die Neugestaltung vorzunehmen sein wird. Außerdem ist eine Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden erforderlich, und zwar in der Weise, daß die Anteile der Gemeinden an den Reichssteuerüberweisungen neu geregelt werden.

Realsteuerreform Voraussetzung für weitere Neugestaltung des Reiches

Die Länder und Gemeindeverbände werden nach Inkrafttreten der Gesetze vom 1. Dezember 1936 über eigene Steuerquellen nicht mehr verfügen. Das Ziel für die Zukunft ist, daß es nur noch Reichssteuern und Gemeindesteuern gibt. Die Einnahmen der Länder werden im wesentlichen nur noch in Anteilen an den Reichssteuern und demgemäß in Reichsüberweisungen bestehen, die Gemeindeverbände können ihren Finanzbedarf auch durch Umlagen auf die ihnen zugehörigen Gemeinden (und Gemeindeverbände) decken. Die Haupteinnahmequellen der Gemeinden werden die Grundsteuer und die Gewerbesteuer sein. Bei diesen beiden Steuern (den Realsteuern) steht der Gegenstand der Besteuerung der Gemeindeverwaltung und der Gemeindefiskalverwaltung besonders nahe. Die natürlichen Träger der Lasten, die durch die Gemeindeverwaltung entstehen, sind neben den Bürgern, von denen eine Bürgersteuer erhoben wird, der im Gemeindegebiet vorhandene Grund und Boden und die im Gemeindegebiet vorhandenen Gewerbebetriebe. Die Grundsteuer als krisenfeste, gleichmäßig fließende Quelle macht sie fähig, die gleichbleibenden Lasten zu tragen. Die Gewerbesteuer gibt ihnen die Mittel, die besonderen Aufwendungen zu leisten, die Industrie, Gewerbe und Handwerk in ihren Lebensverhältnissen bedingen.

Längst veraltete Erhebung

Das Verfahren bis einschließlich der Festsetzung der Steuerbeträge obliegt den Finanzämtern. Diese sind Behörden des Reichs. Sie teilen die festgesetzten Steuerbeträge der steuerberechtigten Gemeinde mit. Gegen die Festsetzung des Finanzamts steht der Reichsmittelweg an die Finanzgerichte und an den Reichsfinanzminister offen. Nach Mitteilung der Steuerbeträge an die steuerberechtigten Gemeinde ist alles weitere im wesentlichen Sache der Gemeinde. Die Einlassierung dieser Steuer und die Bearbeitung von Anträgen auf Ertrag, Stundung und Niederschlagung ist ebenfalls ihre Sache. Diese Teilung der bei den Realsteuern anfallenden Aufgabengebiete zwischen Finanzämtern einerseits und G-

meinden andererseits muß bis spätestens 1. April 1940 in dem gesamten Reichsgebiet einheitlich durchgeführt sein.

Die einzelne Gemeinde darf die Realsteuerreform nicht zum Anlaß nehmen, eine Erhöhung ihrer Realsteuern durchzuführen. Die neue Gewerbesteuer wird mit Wirkung ab 1. April 1937, die neue Grundsteuer mit Wirkung ab 1. April 1938 erhoben. Es wird sich bei der Grundsteuer innerhalb der einzelnen Gemeinde das folgende Bild ergeben: Ein Teil der Steuerpflichtigen wird nicht wesentlich mehr oder weniger zu entrichten haben als bisher. Ein Teil dagegen wird wesentlich mehr, ein anderer Teil wesentlich weniger zu entrichten haben. In den Fällen wesentlicher Veränderung der Belastung nach oben oder nach unten handelt es sich um die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichmäßigkeit der Besteuerung.

Die Grundsteuer ist bisher auf Grundlagen, die bereits längst veraltet sind, erhoben worden, zum größten Teil nach Vorkriegswerten. Obwohl sich die Wert- und Ertragsverhältnisse in den letzten Jahren oder Jahrzehnten erheblich gebessert oder verschlechtert hatten, ließen die landesrechtlichen Vorschriften eine Anpassung der Grundsteuer an die eingetretene Entwicklung nicht zu. Die erheblichen Beträge, die insolge dessen für den einen Besitz bisher zu wenig entrichtet worden sind, mußten für den anderen Grundbesitz mehr aufgebracht werden. Das war eine Bevorteilung der leistungsschwächer gewordenen Steuerpflichtigen auf Kosten der leistungsfähiger gewordenen. Diese Ungleichmäßigkeit der Besteuerung wird durch das neue einheitliche Grundsteuergesetz beseitigt, und zwar dadurch, daß Besteuerungsgrundlage für das gesamte Reichsgebiet der nach dem Reichsbewertungsgesetz zuletzt festgestellte Einheitswert ist.

Diese Verknüpfung der Grundsteuer mit der Einheitsbewertung ist das Kernstück der Vereinheitlichung des Grundsteuerrechts; sie ist die Voraussetzung für die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichmäßigkeit der Besteuerung.

Besteuerungsgrundlagen und Steuerbeträge

Besteuerungsgrundlage ist bei der Grundsteuer der Einheitswert (§ 10 des Grundsteuergesetzes). Die allgemeine Steuerbemessung beträgt 10 vom Tausend (§ 12 Absatz 1 GrStG.). Der Reichsminister der Finanzen kann im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern für einzelne Gruppen von Steuergegenständen niedrigere Maßzahlen bestimmen (§ 12 Absatz 2 GrStG.). Bei der Festsetzung niedrigerer Maßzahlen ist insbesondere an die kleinen Landwirte und an den Neuhauseigentümer gedacht. Aus der Anwendung der Steuerbemessung auf die Besteuerungsgrundlage (auf den Einheitswert) ergibt sich der Steuerbetrag (§ 11 GrStG.). Auf diesen Steuerbetrag, den das Finanzamt festsetzt und der Gemeinde mitteilt, ist der durch die Gemeinde zu beschaffende Hebesatz anzuwenden. Das Ergebnis davon ist der Jahresbetrag der Grundsteuer.

Besteuerungsgrundlage sind bei der Gewerbesteuer in jedem Fall der Gewerbeertrag und das Gewerbelapital. Die Steuerbemessung für den Gewerbeertrag ist bei natürlichen Personen und bei Personengesellschaften gestaffelt bis zu 5 vom Hundert mit der Maßgabe, daß die ersten 1200 Reichsmark des Gewerbeertrags frei bleiben. Sie beträgt bei anderen Unternehmen, zum Beispiel bei Kapitalgesellschaften, einheitlich 5 vom Hundert (§ 11 Absatz 2 des Gewerbesteuer Gesetzes). Die Steuerbemessung für Gewerbelapital beträgt einheitlich 2 vom Tausend (§ 13 GewStG.). Für Gewerbebetriebe, deren Gewerbelapital weniger als 3000 Reichsmark beträgt, wird ein Steuerbetrag nach dem Gewerbelapital nicht festgesetzt (§ 13 Absatz 3 GewStG.). Aus der Anwendung der Steuerbemessung auf das Gewerbelapital ergibt sich der Steuerbetrag für die Besteuerung nach dem Gewerbelapital (§ 13 Absatz 1 GewStG.). Wird als Besteuerungsgrundlage auch der Lohnsumme herangezogen, so beträgt die Steuerbemessung 2 vom Tausend (§ 25 Absatz 2 GewStG.). Bei der Lohnsummensteuer ist Besteuerungsgrundlage die Lohnsumme, die in jedem Monat an die Arbeitnehmer der in der Gemeinde belegenen Betriebsstätte gezahlt worden ist (§ 23 Absatz 1 GewStG.). Uebersteigt die Lohnsumme des Gewerbebetriebs in Rechnungsjahr nicht 24000 RM., so werden von ihr 7000 Reichsmark abgezogen (§ 2 Absatz 2 GewStG.). Diese letztere Maßnahme dient der Schonung der kleinen Betriebe.

Steuerbefreiung der Arbeiterwohnstätten.

Die §§ 28 und 29 des Grundsteuergesetzes regeln die Besteuerung des Neuhauseigentums. Der sogenannte "mittlere Neuhauseigentümer" ist nach reichsrechtlicher Regelung in vollem Umfang von der Grundsteuer bis zum 31. März 1939 befreit. Dabei soll es verbleiben

(§ 28 Absatz 1). Für den sogenannten "neuen Neuhauseigentümer" ist die Befreiung von der Landesgrundsteuer und der halben Gemeindegrundsteuer vorgeschrieben, und zwar für Kleinwohnungen bis zum 31. März 1939, für Eigenheime bis zum 31. März 1944. Auch diese Befreiungen werden nach dem Gesetz (§ 28 Absatz 2) aufrechterhalten. Nach der bestehenden Regelung würden noch diejenigen Eigenheim Steuerbefreiung genießen, die bis zum 31. März (bzw. 31. Mai) 1939 bezugsfertig werden. Nach der Regelung des Gesetzes (§ 28 Absatz 2 Nummer 1) wird diese Frist auf den 30. September 1937 gemäß § 29 des Grundsteuergesetzes gemäß wird die Grundsteuer für Arbeiterwohnstätten auf die Dauer von zwanzig Jahren durch das Reich übernommen. Diese Regelung gilt für die Arbeiterwohnstätten, die in der Zeit vom 1. April 1937 bis 31. März 1940 bezugsfertig werden.

Ausnahme für die freien Berufe

Gewerbesteuerpflichtig ist jeder stehende Gewerbebetrieb, soweit er im Inland betrieben wird. Darunter ist jedes gewerbliche Unternehmen im Sinn des Einkommensteuergesetzes zu verstehen. Bisher waren in Preußen und in den meisten anderen Ländern auch die freien Berufe gewerbesteuerpflichtig. Im neuen Gewerbesteuer Gesetz, das einheitliches Recht für das gesamte Reichsgebiet schafft, ist eine Realbesteuerung der freien Berufe nicht vorgesehen.

Belgiens außenpolitische Haltung

Keine Verpflichtungen, die zur Abhängigkeit führen

Im Verlauf der Debatte in der belgischen Kammer über die Militärvorlage erklärte Ministerpräsident van Zeeland, Belgien werde mit allen Mitteln an der Aufrechterhaltung des Friedens mitarbeiten. Wenn ein Konflikt ausbrechen werde, werde es sich bemühen, den Konflikt zu begrenzen und sich entschieden dafür einzusetzen, daß Belgien nicht hineingezogen werde. Als einen Kriegsfall könne Belgien lediglich eine Verletzung seiner Grenzen ansehen. Die heutige Außenpolitik Belgiens sei keineswegs ein voller Bruch mit der früheren internationalen Politik Belgiens. Es sei aber auch irrig, anzunehmen, daß sich in der Außenpolitik Belgiens gar nichts geändert habe. Belgien bleibe den Grundsätzen seiner bisherigen Außenpolitik treu. Die Außenpolitik werde aber den veränderten internationalen Gegebenheiten und Umständen angepaßt werden.

Als Gelegenheiten, die die künftige Außenpolitik Belgiens bestimmen haben, bezeichnete van Zeeland die Aufzählung Deutschlands, die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit im Rheinland und die Schwächung des Völkerbundes. Die künftige Außenpolitik Belgiens werde von der Sorge für die Unabhängigkeit nach allen Seiten hin charakterisiert sein.

Die künftige Politik Belgiens umschrieb van Zeeland sodann mit einem Satz, in dem es heißt, daß Belgien keine Verpflichtung übernehme, kein Abkommen unterzuschreiben und kein Abkommen erneuern werde, das nur den Anschein einer Abhängigkeit Belgiens ergeben könnte.

Der neuralgische Punkt Europas

Eine Garantie der französischen und der deutschen Grenze, wie sie der Locarno-Vertrag Belgien auferlegt habe, sei in Zukunft unwirksam und gefährlich. Belgien sei der neuralgische Punkt Europas, der immunisiert werden müsse. Das sei der Sinn der belgischen Außenpolitik und auch der Zweck der von der Regierung dem Parlament vorgeschlagenen Verankerung der Landesverteidigung.

Die Politik der Landesverteidigung dürfe nicht durch Gefühle und Erinnerungen bestimmt werden. Belgien werde gegen den Staat die Waffen ergreifen, der seine Grenzen verlege. Wenn es nicht angegriffen werde, werde es niemanden bedrohen und auch niemanden unterstützen.

Die Mehrheit für die Vorlage setzt sich aus Sozialdemokraten, Katholiken, Liberalen und Christen zusammen. Gegen die Vorlage haben außer den Vertretern des Nationalflämischen Blocs und der Kommunisten auch verschiedene Sozialdemokraten und flämische Katholiken gestimmt.

In der Aussprache, die der Abstimmung vorausging, ergriff noch der Abgeordnete Sap von den katholischen Flamen das Wort. Er erklärte, der Kommunismus bedrohe die ganze Welt. Der französisch-sowjetrische Pakt, der gegen Deutschland gerichtet sei, sei eine ständige Gefahr für den Frieden. Die bolschewistische Gefahr sei vielleicht mehr zu fürchten als die in der Aussprache von verschiedenen Rednern an die Wand gemalte deutsche Gefahr. Belgien sei bei der heutigen Organisation seiner Landesverteidigung nicht in der Lage, einen etwaigen Durchzug französischer Truppen zu verhindern.

22 000 Sowjetrussen in Madrid

Spaniern kämpfen erfolgreich nach zwei Seiten

Die Truppen des Generals Franco sehen unentwegt ihre Angriffe auf die westlichen Stadtteile Madrids fort und bringen den Roten außerordentliche Verluste bei. Mit Hilfe zahlloser Sowjetrussen ergänzen die Bolschewisten fortlaufend ihre Mannschaftebestände. Nach dem Pariser Blatt "Figaro" nehmen bereits 22 000 Mann sowjetrussischer Truppen an der Verteidigung Madrids teil.

Die Truppen des Generals Franco sehen unentwegt ihre Angriffe auf die westlichen Stadtteile Madrids fort und bringen den Roten außerordentliche Verluste bei. Mit Hilfe zahlloser Sowjetrussen ergänzen die Bolschewisten fortlaufend ihre Mannschaftebestände. Nach dem Pariser Blatt "Figaro" nehmen bereits 22 000 Mann sowjetrussischer Truppen an der Verteidigung Madrids teil.

drohlich zwischen die Verbindungslinie Madrid—El Escorial.

Sechs rote Flugzeuge vernichtet

An der Südfrent konnten bei Guadix (nordöstlich von Granada) zwei am Boden befindliche rote Flugzeuge in Brand geschossen sowie vier Eisenbahn-Lokomotiven und ein Güterzug zerstört werden.

Drei rote Flugzeuge griffen den Flughafen von Zalavera an. Dabei wurde eines der Flugzeuge durch nationale Truppen in Brand geschossen. Die Besatzung, ein Sowjetruss und ein polnischer Marxist, konnten sich durch Fallschirmabprung retten. Sie wurden gefangen genommen. Drei weitere rote Flugzeuge wurden von nationalen Jagdfliegern südlich von Madrid abgeschossen.

Kritik des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht

Alle zeichnen Reichsanleihe!

Reichsbankpräsident Dr. Schacht erläßt folgenden Aufruf:

Vor nicht langer Zeit hat man noch um die Frage „Kaufen oder Sparen?“ gestritten, also darum, ob es für die gesamte Wirtschaft besser sei, wenn der einzelne sein Einkommen restlos verbraucht oder einen Teil davon zurücklegt. In letzter Zeit ist es davon recht still geworden; denn die Erkenntnis ist allgemein geworden, daß ein deutscher Wirtschaftswachstum und Kulturaufstieg nur möglich ist, wenn Verbräuchen und Sparen in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen. Unsere Fabriken, Maschinen, Verkehrsmittel und alle anderen Wirtschaftsgüter, die uns Arbeitsmöglichkeiten geben und unsere Arbeit erleichtern und sichern, konnten nur entstehen, weil die Generationen vor uns ihr Einkommen nicht restlos verzeihren, sondern Ersparnisse bildeten. Die nach uns Kommenden haben ein Recht darauf, daß auch wir dem Vorhandenen etwas hinzufügen und das, was wir erstellen, auch bezahlen.

Wir können heute nicht genug Sparen haben, wenn wir die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen wollen. Wir stehen am Anfang des neuen Vierjahresplanes, durch den auch der letzte Arbeitslose in Brot gebracht und der weitere Aufstieg unserer Wirtschaft von der Rohstoffseite her gesichert werden soll. Heute gewinnt das Weniger-Verbrauchen und Mehr-Sparen auch insofern an nationaler Bedeutung, als es geeignet ist, die auf Verhinderung eines Preisaustritts gerichtete Politik der Reichsregierung in wirksamer Weise zu unterstützen.

Zu den vorhandenen Anlagemöglichkeiten für Ersparnisse tritt die bis zum 5. Dezember zur Zeichnung aufliegende neue Folge 4 1/2-prozentiger auslosbarer Reichsschuldanweisungen. Diese Anleihe ist in jeder Beziehung eine gute Anlage; sie hat eine günstige Verzinsung und ist im Bedarfsfall leicht verwerthbar. Was die Sicherheit anbetrifft, so ist der nationalsozialistische Staat von Anfang an auf den besonderen Schutz der Sparer bedacht gewesen. Er hat den Willen und die Macht, diejenigen zu schützen, die ihm ihre Ersparnisse anvertrauen. Allen kommen die Erfolge der nationalsozialistischen Außenpolitik zugute.

Darum ist die Zeichnungsaufforderung auch an alle Berufsstände ergangen. Es darf nicht sein, daß etwa in Kreisen der gewerblichen Wirtschaft zu hören wäre: Wir haben schon früher Anleihe gezeichnet, jetzt sollen die anderen es tun. In der ländlichen Bevölkerung wird man nicht sagen dürfen: Die Reichsanleihe geht uns nichts an. Die Lohn- und Gehaltsempfänger schließlich dürfen nicht glauben, ihre Sparsättigkeit wäre belanglos. Der nationalsozialistische Staat könnte die Mittel, die er zur Finanzierung seiner Aufgaben braucht, auch durch ein Anziehen der Steuerhebel ausbringen. Er sieht jedoch bewußt davon ab, seine Macht auf diesem Gebiete auszunutzen. Er verteilt vielmehr die Lasten, um sie tragbarer zu machen, auf eine Reihe von Jahren. Eine solche Politik ist aber auf die Dauer nur dann möglich, wenn alle einmütig zusammenstehen, um dem Staat diese notwendigen Anleihemittel zu leihen.

Allerlei Neuigkeiten

Die Sanierung der Hamburger Altstadt. Die Hamburger Altstadt hat durch die im Rahmen des nationalsozialistischen Aufbauplanes durchgeführte Sanierung des berühmten Gängeviertels ein völlig neues und verschöneres Aussehen bekommen. Freundschaft Häuser mit billigen Kleinwohnungen sind dort entstanden, wo ehemals in engen Gassen, Gängen und Höfen alte, baufällige Häuser mit ungelunden Wohnungen ohne Licht und Luft Tausenden von Volksgenossen Raum zum Leben bieten mußten. Im Rahmen dieses Sanierungswerkes wird demnächst ein neuer Abschnitt in Angriff genommen. Es handelt sich dabei um ein Millionenprojekt, das die Schließung einer Baugasse vorsieht, die noch zwischen dem Mühlenhof an der Burchardstraße und dem Montanhof am Rattrepel liegt.

Italienisches Dorf in Flammen. Das Dorf Condino in den Ostalpinen Alpen wurde von einem Großfeuer heimgesucht. Infolge des heftigen Windes brannten schnell 30 Häuser nieder. Neun Personen wurden verletzt. An 50 Familien sind obdachlos geworden. Viel Vieh kam in den Flammen um. Der Sachschaden dürfte zwei Millionen Lire (100 Lire = 13 RM.) übersteigen.

Kiellegung des Schweferschiffs der „Queen Mary“. Das Schweferschiff des englischen Ozeanriesen „Queen Mary“ wird, wie nunmehr bekannt wird, Anfang nächsten Jahres auf Kiel gelegt werden.

D-Jug überfährt Lastwagen. Der D-Jug Strassburg-Paris überfuhr an dem Bahnübergang bei Fagnon-les-Lignes einen Lastkraftwagen. Von den fünf Insassen des Kraftwagens kamen drei ums Leben. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der Bahnwärter, dem der Kraftwagenführer bekannt war, die schon geschlossene Schranke noch einmal öffnete, um den Wagen vor Einfahren des D-Zuges über die Gleise zu lassen. Gerade in diesem Augenblick aber brauste der Zug heran, und das Unglück war nicht mehr zu verhindern.

Roosevelt reiste von Buenos Aires am Mittwoch nachmittags an Bord des Kreuzers „Indianapolis“ nach Montevideo weiter. Präsident Justo geleitete Roosevelt an Bord des Kreuzers. Trotz des stürmenden Regens bildeten in den Straßen zum Hafen große Menschenmengen Spalier, die Präsident Roosevelt begeistert jubelten. Eine Abordnung des Heeres erwies die üblichen Ehrenbezeugungen.

Die Umwandlung der japanischen Gesandtschaft in Addis Abeba in ein Generalkonsulat hat einen ähnlichen Schritt des italienischen Botschafters in Tokio zur Folge gehabt. Der italienische Botschafter soll der japanischen Regierung mitgeteilt haben, daß Italien in der Hauptstadt von Mandschukuo ein Generalkonsulat einrichten wolle.

Im englischen Unterhaus dementierte Außenminister Eden auf das nachdrücklichste, daß England die Absicht habe, Malta in irgendeiner Form anzugeben oder abzutreten.

Ergebnis der Woche

Gemeinschaftswille der Tat

Bei der Durchführung des zweiten Vierjahresplanes ist nunmehr auf breiter Front begonnen worden. Eine Reihe von Verordnungen und gesetzlichen Maßnahmen haben die Voraussetzungen geschaffen, um diese Aufbauarbeit umfassend vornehmen zu können. Das Reichskabinett hat in diesen Tagen jene Gesetze verabschiedet, die die Erschließung von Bodenschätzen erleichtern und einer Wirtschaftssabotage die Türen verschließen, die heute noch von gewissen staatsfeindlichen eigennütigen Kreaturen versucht wird. Jetzt ist auch hier der Riegel vorgeschoben. Mit der neugeordneten Handhabung der Preisbildung und der Neuordnung der Fettverteilung ist eine Plattform geschaffen worden, um jedem einzelnen Volksgenossen die Möglichkeit zu geben, seine Tatbereitschaft zur erfolgreichen Durchführung des Vierjahresplanes zu beweisen. Jeder Verstoß gegen die im Interesse des gigantischen Aufbauplanes erlassenen Maßnahmen ist im letzten Grunde Sabotage gegen die Volks-, gegen die Staatsinteressen. In einer großangelegten Rede vor der Presse hat der Reichskommissar für die Preisbildung, Oberpräsident Josef Wagner, seine neuen Aufgaben und Ziele auf der einen und die Aufgaben und Pflichten jedes deutschen Volksgenossen auf der anderen Seite auseinandergesetzt und klargestellt, daß die Preisregulierung ein wichtiger Faktor des neuen Aufbauplanes ist. Die Erfahrungen haben selber gelehrt, daß der Volksgemeinschaftsgeist oft dann zu versagen droht, wenn es sich um die Erbringung des Beweises handelt, daß man den Grundsatzen „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ richtig anzuwenden sich bemüht. Ähnliche Gesichtspunkte sind maßgebend gewesen für die neuen Maßnahmen der Fettverteilung. Ministerpräsident Göring hat in einer seiner Reden drastisch erklärt, daß es heute niemand schwer fallen sollte, auf einen gewissen Prozentsatz Fett zu verzichten, wenn wir dadurch die Möglichkeit haben, unsere Wehrmacht so auszubauen, und dadurch jedem Angriff aus unferer Freiheit und unsere Zukunft eine wirksame Abwehr entgegenstellen können. Denn, was wir an Devisen für Fettimporte ausgeben, können wir nicht für die Einfuhr jener Rohstoffe verwenden, die wir für unsere Wehrmacht brauchen. Man soll bei der Frage der Fettbewirtschaftung auch den einen Gesichtspunkt berücksichtigen: Deutschland ist bereit gewesen, mit dem Ausland jene Handelsbeziehungen anzuknüpfen, die den jeweiligen Bedarf lebenswichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel im gegenseitigen Austausch sicherstellen. Gewisse Kreise des Auslandes unter dem Einfluß des internationalen Judentums haben darin aber eine Schwäche Deutschlands erkennen wollen und geglaubt, durch Vorenthaltung gewisser Waren Deutschland zur Aenderung seines politischen Regimes zwingen zu können. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wird diesen Auslandskreisen durch die Tat den Beweis erbringen, daß eine zweite Hungerblockade, wie man sie während des Krieges gegen das deutsche Volk anwandte, nicht mehr durchführbar ist. Preisbildung, Fettfragen und wie sonst

die organisatorischen Maßnahmen helfen mögen, sind Waffen des deutschen Gemeinschaftswillens zur Erklämpfung nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Freiheit. Jetzt gilt es für jeden einzelnen, durch die Tat zu bekennen, ob er in der Front der Volksgemeinschaft steht oder nicht.

Erschütterung Spaniens

Seit Monaten kämpft das nationale Spanien gegen jene Mächte, die zuerst als spanische Volksfrontregierung getarnt, nachher als spanische Militärs aufgezogen und jetzt allgemein als sowjetrussische Stoß- und Sturmtruppen festgestellt worden sind. Die Enthüllungen in der französischen und britischen Presse über die fortgesetzten Kriegslieferungen Sowjetrußlands nach Spanien und neuerdings über den Einsatz geschlossener sowjetrussischer Militäreinheiten im Kampf gegen die Franco-Truppen haben schließlich dazu geführt, daß man in Moskauer Kreisen glaubt, die bisherige Tarnung fallen lassen zu können und offen zu erklären, daß es sich bei den Kämpfenden in Spanien um die Sache der Sowjetunion handelt. Nach der bisherigen Niederlage der Roten will man wenigstens Katalonien zum Sowjetstaat erklären und damit einen Stützpunkt schaffen für das weitere Vordringen der bolschewistischen Umsturzweile. Immer zahlreicher werden die Meldungen von kriegerischen Maßnahmen der Sowjets in den spanischen Gewässern und auf dem spanischen Festland. Neuerdings wird sogar von nordwestlicher Seite das Auftauchen sowjetrussischer Flotteneinheiten an der Küste Norwegens unter Verlegung der Drei-Meilen-Zone gemeldet, wobei Unterseeboote, Minenleger und Torpedoboote in beträchtlicher Zahl festgestellt worden sind. Wenn jetzt der Londoner Nichteinmischungs-Ausschuss befreit ist, den Beschluß bindend zu gestalten, die Entsendung fremder Freiwilligen-Verbände an die spanischen Kampffronten zu verbieten, so kommt er damit reichlich spät. Denn dieser Antrag war von deutscher Seite gleich zu Beginn des Zusammentritts dieses Ausschusses gestellt, aber gerade von britischer Seite abgelehnt worden. In Paris ist man bemüht, angesichts der ungeheuren Gefahren, die sich aus den spanischen Vorgängen gerade für Frankreich ergeben, zu einer neuen französisch-englischen Entente zu kommen, die man bis zum Abschluß eines neuen Welt-Paktes als „Bündnis auf Zeit“ gestalten möchte. Man hat offenbar auch in Paris trotz der Liebe für Moskau eingesehen, daß der sowjetrussisch-französische Pakt alles andere denn einen Sicherheitsfaktor gegen den Krieg bedeute. Die Pariser Erkenntnis dürfte leider zu spät kommen, denn dieser Pariser-Moskauer Pakt hat den Sowjets ihre Tätigkeit in Spanien erleichtert. Der Ausmarsch sowjetrussischer Truppeneinheiten in Spanien hat nicht nur zeitliche, sondern symbolische Bedeutung für die Pläne der Sowjets.

Sachlens Jugend im Landjahr

Im Frühjahr werden 1000 Jungen und 500 Mädchen einberufen

Am 10. Dezember erfolgt die Entlassung von 400 Jungen aus den sechs in diesem Sommer durchgeführten sächsischen Landjahrslagern. Aus diesem Anlaß sollen die nachstehenden Zeilen einen kurzen Einblick in die Ziele und Aufgaben des Landjahres geben:

Um das Verständnis für den völkischen Wert eines jeden Bauerntums im jungen Menschen zu vertiefen und das Gefühl der Verbundenheit der schulentlassenen Stadtjugend mit der heimatischen Scholle und dem deutschen Volkstum zu fördern, ist das Landjahr ins Leben gerufen worden. Die Durchführung erfolgt im Auftrag des Staates, der mit den Gemeinden die Kosten hierfür übernimmt.

Am Landjahr können alle Jungen und Mädchen teilnehmen, die die Schule nach Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht verlassen; es ist selbstverständlich, daß die Erziehung der Jugendlichen im Landjahr nach den Grundsätzen des Nationalsozialismus erfolgt. Hier wird sich bereits bei den meisten zeigen, daß die vorhergehende Erziehung im Jungvolk und in der Jungmädelschaft, in HJ und BDM, dazu beitrug, aus den jungen Menschen Gemeinschaftsmenschen im nationalsozialistischen Sinn zu formen. Die landwirtschaftliche Arbeit und Leibesübungen in ihren verschiedensten Formen machen die Jungen und Mädchen, die aus der Großstadt kommen, gesund und stark; so mancher lernte erst im Landjahr, seine Kräfte und Fähigkeiten richtig einzusetzen.

Die im April dieses Jahres eröffneten sechs Landjahrslager befinden sich sämtlich im sächsischen Grenzland, um den Jungen und Mädchen die Aufgaben Sachlens als Grenzland vor Augen zu führen. Die Lager zählen im allgemeinen, je nach der Größe der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten, eine Belegschaft von 40 bis 120; in ihnen werden körperlich und geistig leistungsfähige Jungen und Mädchen bis zum 10. Dezember eines jeden Jahres zusammengelagert.

Die weibliche Jugend in Sachlens wird erstmals im Frühjahr 1937 am Landjahr teilnehmen können. Den Landjahrsteilnehmern wird freie Unterkunft und Verpflegung gewährt, außerdem erhalten sie ein Taschengeld von täglich fünf Pfennigen. Die Lagersteilnehmer sind gegen Unfall und Krankheit versichert.

Der Dienst ist straff und regelmäßig geordnet und entspricht ganz dem der Hitler-Jugend. Der Tagesdienstplan sieht neben Helferarbeit bei Bauern vor allem Sport, Feldbedienst und westanschauliche Schulung vor; neben ihrem Arbeitsantrag tragen sämtliche Lagersteilnehmer den Dienstantrag der HJ.

Für das Jahr 1937 sollen in Sachlens 1000 männliche und 500 weibliche Jugendliche ins Landjahr einberufen werden. In der Winterzeit soll nun vor allem daran gegangen werden, eine genügende Anzahl von Gebäuden ausfindig zu machen, die sich für die Aufnahme der Lagersteilnehmer als geeignet erweisen. Die Auswahl für das Jahr 1937 erfolgt in den nächsten Wochen innerhalb der Volks- und Berufsschulen durch einen Ausschuss, dem neben dem Schul-

leiter Vertreter der HJ, des NSDB, und die Berufsberatung angehören.

Bevorzugte Vermittlung in Lehrstellen

Nach erfolgreicher Leistung des Landjahres werden die Landjahrsteilnehmer bevorzugt in Lehrstellen vermittelt. Im Landjahr soll durch die strenge Auswahl künftig ein planmäßiger Einsatz der Jugendlichen in die für die Arbeit auf dem Land besonders geeignet sind, erreicht werden. Die besten Teilnehmer werden jeweils im nächsten Jahr als Landdienstgruppenführer oder als Landhelfer untergebracht. Durch die planmäßige Auswahl wird es künftig auch möglich gemacht werden, dem ländlichen Handwerk einen geeigneten Lehrlingsnachwuchs zuzuführen.

So wird das Landjahr, das sich in den ersten Jahren seines Bestehens bestens bewährt, auch in Zukunft eine bedeutende Aufgabe im Rahmen der Erziehung der deutschen Jugend erfüllen. Es wird einen immer größeren Teil der schulentlassenen zur deutschen Scholle zurückführen und ihnen mit der Arbeit auf dem Land einen neuen Kraftquell, wenn nicht gar eine neue Lebensmöglichkeit schaffen.

Volkswirtschaft

Am Geldmarkt setzte sich die Erholung nicht fort. Tagesgeld notierte wie gestern mit 2,87 bis 3,12 Prozent. Am Devisenmarkt war die Lage wenig verändert.

Amtlicher Großmarkt

für Getreide- und Futtermittel zu Berlin. Die Zufuhren an Weizen und Roggen vergrößerten sich weiter. Das gesamte Angebot wurde glatt abgesetzt. Kaufendes Geschäft hatte Roggenmehl. Futtermittel hand nur in geringen Mengen zur Verfügung.

Devisenkurse. Belgien (Belgien) 42,12 (Geld) 42,20 (Brief), dän. Krone 54,48 54,53, engl. Pfund 12,20 12,23, franz. Franc 11,60 11,62, holl. Gulden 135,31 135,50, ital. Lira 13,00 13,11, norw. Krone 61,32 61,44, österr. Schilling 48,95 49,05, poln. Zloty 47,04 47,14, schwed. Krone 62,90 63,02, schweiz. Franken 57,18 57,30, span. Peseta 20,98 21,02, tschech. Krone 8,766 8,784, amer. Dollar 2,488 2,492.

Preisfestsetzung für Güterverkehr durch die Hauptvereinbarung der Deutschen Eierwirtschaft mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft in Abh. le Stück für waggontweifen Bezug, frachtfrei Empfangsstation, verzollt und versichert, einschließlich Unterfrachtenbetrag, einschließlich Kennzeichnung, Verpackung und Handhabung. A) Inland: 1) 60-65 Gramm Sonderklasse 65 Gramm und darüber 12, 2) 50-55 Gramm große 11, 3) 45-50 Gramm mittelgroße 10, 4) 40-45 Gramm normale 9,25, 5) 35-40 Gramm kleine 8,50; B) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; C) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; D) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; E) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; F) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; G) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; H) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; I) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; J) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; K) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; L) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; M) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; N) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; O) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; P) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; Q) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; R) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; S) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; T) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; U) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; V) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; W) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; X) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; Y) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25; Z) (sch) Sonderklasse 11,75, A 10,75, B 9,75, C 9, 2, 8,25.

Küchenabfälle zur Schweinemast

Ein Erlaß der Reichsinnenminister!

Der Reichs- und Preussische Minister des Innern Dr. Fried hat an die Kommunalauufsichtsbehörden, Gemeinden und Gemeindeverbände einen Erlaß gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, hat die R. S. - Volkswirtschaft beauftragt, die von ihm angekündigte Verwertung der Küchenabfälle zur Schweinemast sofort in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Die erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgabe hat eine tatkräftige, verantwortliche Mitarbeit der Gemeinden zur Voraussetzung. Ich erwarte daher, daß die Bürgermeister sich der gestellten Aufgabe mit allem Nachdruck annehmen und im Rahmen der gesetzlichen und finanziellen Möglichkeiten zu ihrem Besten beitragen.“

Keine wertlosen Reste mehr

Was für das Bauerntum die Erzeugungsschlacht ist, ist für den Verbraucher die Erhaltungsschlacht. Für beide Kampfabschnitte gilt die Lösung: „mit weniger auskommen und das-vorhandene gründlicher ausnutzen“. Zu dem gründlicheren Ausnutzen gehört auch die Verwertung der Küchenabfälle. Es gibt heute kaum etwas, woraus sich nicht nach der Verwendung noch dieses und jenes Erzeugnis herstellen ließe. Aus Knochen kann Leinöl, aus Glascherben feine, weiche feuerfeste Glaswolle für Isolierungen, aus alten Schuhen Lederohle hergestellt werden. Alles Dinge, für die wir in unserer Volkswirtschaft eine Fülle von Verwertungsmöglichkeiten haben und die uns helfen, unsere Vorräte aus dem Ausland einzusparen. Ebenso verhält es sich mit den Küchenabfällen.

die gewöhnlich ohne viel Nachdenken dem Müllimer einverleibt werden. Und doch sind die Gemüseabfälle, die Kartoffelschalen, wenn sie gesammelt und der richtigen Verwertung, dem Schweinefleisch zugeführt werden, außerordentlich wichtige Hilfsmittel der Schweineernährung. Die Stadt Braunschweig hat erachtet, daß sie mit den anfallenden Küchenabfällen ihrer Bürger mindestens 4000 Schweine mästen könnte. In der Reichshauptstadt rechnet man mit Abfällen, die mindestens 30 000 Schweinen Futter gäben. Das alles sind aber keine bloßen Theorien, sondern, wie der Erlaß des Reichsinnenministers zeigt, Pläne, die auf schnellstem Wege der Verwirklichung zugeführt werden. Es wird in der kommenden Zeit wieder an Sammelstellen noch an Sammlern fehlen, die die Abfälle der Haushaltungen erhitzen. Billig und systematisch zu sammeln und dem Sammler sein schweres Amt durch rechtzeitige Bereitstellung der verfügbaren Reste zu erleichtern, ist die selbstverständliche Pflicht jedes deutschen Volksgenossen im Rahmen des Vierjahresplanes.

Arbeitstagung

In Berlin fand eine Arbeitstagung statt, auf der Reichskommissar Gauleiter Wagner den Vertretern der Obersten Reichs- und Landesbehörden, den Gauleitern der NSDAP, den Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten und den Gauwätern der Deutschen Arbeitsfront eingehende Mitteilungen über die Aufgaben und Maßnahmen seines Amtes im Rahmen der vom Ministerpräsidenten Generaloberst Göring gestellten Aufgaben zur Durchführung des Vierjahresplanes machte.

6. Dezember.

1849: Generalfeldmarschall August von Madsen in Hausleipnitz geb. — 1861: Der Schriftsteller Rudolf Straß in Heidelberg geb. (gest. 1936). — 1869: Der Polarforscher Otto Nordenskjöld in Helsingfors geb. (gest. 1928). — 1892: Der Ingenieur Werner von Siemens in Charlottenburg geb. (geb. 1816). — 1914: Einnahme von Lodz in Polen. — 1916: Einnahme von Bukarest.

Kamenstag: Prot. u. kath. 2. Advent Nikolaus.

Rundfunk

Sie wünschen — wir spielen

Zweites Wunschkonzert des Deutschlandsenders. Auch am Sonntag, dem 13. Dezember, wird sich der

Deutschlandsender in den Dienst der Winterhilfe stellen und ab 17 Uhr fast die gesamte Sendezeit seinem zweiten „Wunschkonzert für das Winterhilfswerk 1936/37“ einräumen, das wieder unter dem Motto steht: „Sie wünschen — wir spielen; gebolsen wird vielen!“ Damit möglichst viele der noch vorliegenden zahllosen Hörerwünsche erfüllt werden können, stehen das Große Orchester des Deutschlandsenders unter Leitung von Generalmusikdirektor Hermann Stange, das Unterhaltungsortchester des Deutschlandsenders unter Leitung von Otto Dobrindt und die Kapelle Barnabas von Gezy im Großen Sendesaal des Berliner Funkhauses bereit.

Viele Überraschungen sollen mitbessern, dem Wunschkonzert ein buntes, abwechslungsreiches Gesicht zu geben.

Deutschlandsender

Sonntag, 5. Dezember.

6.30: Aus Breslau: Fröhlich King's zur Morgenstunde Bunte Morgenmusik. Am Flügel: Kurt Hattwig. — 8.00: Sendepause. — 9.10: Kleine Turnstunde für die Hausfrau. — 10.00: Aus München: Die Sendlinger Bauernschlacht. Hörspiel um den Freiheitskampf der Oberländer Bauern im Jahre 1705 von Fritz Weingast. — 10.30: Fröhlicher Rindergarten. — 11.00: Sendepause. — 12.00: Aus Saarbrücken: Musik zum Mittag. Das Landesfunkorchester Saarpfalz. — 13.10: Aus der Jugend! — 13.15: Hier lacht der Pimpf! Wie Tom Schatz in den Himmel kam. — 13.30: Wirtschaftswochenende. — 13.45: Eigen Heim — eigen Land. — 16.00: Nach dem Schaffen regen Hände — ein sorgenfreies Wochenende (Schallplatten). — 18.00: Volkstheater — Volkstänze. Gstaalder Volkstheater. Elisabeth (de. Alt), Reinhold Gilder (Tenor). Kleines Orchester des Deutschlandsenders. — 18.45: Sport der Woche. Pöschel und Mühlrad. — 19.00: Guten Abend, lieber Hörer! Kleines Funkbrett. — 19.45: Was sagt ihr dazu? Gespräche aus unserer Zeit. — 20.10: Musikalische Zoologie. Ein teils lustiger, teils naturwissenschaftlicher Streifzug durch das Reich der Tiere. — 23.00 bis 0.55: Wir bitten zum Tanz! Aus dem „Marmorpalast“ im Zoo. Ball des Kolonialbundes.

Reichsfender Leipzig

Sonntag, 5. Dezember

6.30: Aus Breslau: Fröhlich King's zur Morgenstunde! Bunte Morgenmusik des Rundfunkorchesters und Solisten. — 7.20: Aus Berlin: Kleine Musik. — 8.30: Aus Berlin: Froher Klang zur Arbeitspause. Hans Gund und sein Orchester. — 9.30: Für die Frau: Billig, aber gut — der Küchenzeiter der Woche. — 9.45: Wochenbericht der Mitteldeutschen Börse. — 10.00: Aus München: Die Sendlinger Bauernschlacht. Hörspiel um den Freiheitskampf der Oberländer Bauern im Jahre 1705 von Fritz Weingast. — 12.00: Aus Karlsruhe: Bunter Wochenende. — 15.00: Mächte in Rom und Weisheit. Buchbericht. — 15.20: Rindergarten. — 15.50: Zeit, Wetter und Wirtschaftsnachrichten. — 16.00: Zum Tag der nationalen Solidarität. Konzerter und Funkberichte aus Chemnitz, Dessau, Dresden, Erfurt, Halle, Leipzig und Weimar. — 20.10: Aus Halle: Nikolaus leilt heut' frohe Gaben aus! Ein lustiger Abend mit vielen Überraschungen. — 22.30 bis 24.00: Aus Dresden: Und morgen ist Sonntag! Großes Wochenende.

Berliner Wageriechmarkt. (Amtlicher Marktbericht vom Wageriechhof in Friedrichshagen.) Auftrieb: 315 Rinder, darunter 264 Milchkühe, 51 Stück Jungvieh, 89 Kälber, 111 Pferde. Verkauf sehr langsam. Es wurden gezahlt: Milchkühe und hochtragende Kühe je nach Qualität 270—490 RM. Ausgesuchte Kälber über Notiz. Tragende Färjen je nach Qualität 270 bis 420 RM. Ausgesuchte Färjen über Notiz. Jungvieh zur Mast je nach Qualität 32—36 RM. — Pferdemarkt: Preise je nach Qualität 1. Klasse 1050—1300, 2. Klasse 700—1050, 3. Klasse 350—550, Schlachtpferde 50—150 RM. Verkauf ruhig.

Auf dem Berliner Fleischgroßmarkt vom Donnerstag waren die Anlieferungen infolge der sich nach dem Monatswechsel stütz bemerkbar machenden besseren Nachfrage besonders in Schweinefleisch reichlicher. Das Geschäft vertiefte bei Rind-, Kalb- und Schweinefleisch. Das Geschäft vertiefte bei Rind-, Kalb- und Schweinefleisch. Die Preise gaben lediglich für Hammelfleisch etwas nach, sonst wurde unverändert notiert. Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm in Reichsmark: Rindfleisch 52—78, Kalbfleisch 78—101, Hammelfleisch 60—105, Schweinefleisch 71, do. von auswärtig 71, geräucherter Speck mager 98, do. fetter 94,50.

Das Mädchen mit dem Silberhaar

von Anny von Panhagen

(25. Fortsetzung.)

Da wurde Nähkathrin nachdenklich, murmelte: „Schade, daß man das Geld gestohlen!“ Sie lächelte, und das Lächeln sah ein bißchen verzerrt aus. „Viel leicht ist es aber doch nicht gestohlen worden. Wer sollte denn hier hereingekommen sein? Deine Großmutter hat es wohl nur zu sicher aufbewahrt. Weist du, es läßt mir keine Ruhe, ich fange nochmals an, ganz gründlich zu suchen.“

Am Abend kam sie Franziska mit dem Ruf entgegen: „Es ist da, es ist da! Es hat sich hinter den Kasten im Schreibisch festgeklemmt, da ist nämlich eine Spalte.“

Sie bewies Franziska, wo die Schiene gewesen, und das junge Mädchen nahm die Lüge arglos hin, war froh, um nicht ganz arm in die Ehe gehen zu müssen. So hatte Nähkathrin den Diebstahl wieder gutgemacht, aber die Angst vor einem sorgenvollen Alter stand von neuem bedrohlich vor ihr.

Die Verlobungsharten wurden zur Post gegeben; eine davon flog auch nach Paris, an den Generalvertreter der dortigen Radio-Radiz, den Grafen Jean Louis von Reithel. Er zeigte die elegante Anzeige seinem zukünftigen Sohn.

„Ein lebenswürdiger Herr, der Besitzer der Radio-Radiz. Ich kenne ihn persönlich gut; er lebte vor dem Tod seines Vaters lange hier in Paris. Wir sind manchmal zusammen ein bißchen herumgebummelt.“

Am Abend, ehe er sich zur Ruhe begab, räumte er, wie gewöhnlich, seine Taschen aus, und da fiel ihm auch die Verlobungsanzeige wieder in die Hände.

Er las:

Berthold Radiz

Franziska Karsten

„Franziska Karsten!“ sagte er leise, und über seine Stirn legte sich eine nachdenkliche Falte. Er wiederholte: „Karsten!“ Sah plötzlich, wie aus dem Boden aufgestiegen, eine schlanke Frauengestalt mit ganz eigenartiger Haarfarbe vor sich.

Silberblond konnte man die Farbe wohl nennen. Er sah große Augen in der Umrahmung dunkler langer Wimpern und hörte eine erregte Stimme sagen: „Sie tragen die Schuld an dem ganzen Unheil!“

Er fuhr sich mit der Hand über die Stirn, als wollte er quälende Gedanken wegwischen. Die Müdigkeit, die er vorhin empfunden, war vergangen; Dinge, an die er nur ungern dachte, waren mit einem Male wieder aufgetaucht und blieben haften.

Er wanderte auf und ab durch seine drei Zimmer, trank einen Kognak allerfeinsten Marke — ein Geschenk seines zukünftigen Sohnes — aber der Name Karsten, über den er beim Empfang der Verlobungsanzeige ganz einfach hinweggelesen, war jetzt zu einer mächtigen lodernen Fackel geworden, die, von einer Riesenhand emporgehalten, ihren Schein weit zurück in das Land der Vergangenheit warf. „Sie tragen die Schuld an dem ganzen Unheil!“ klang es ihm in den Ohren.

Er ging an das Fenster, stieß die Läden weit auf. Dort drüben, in weichen, nächtlich verschwimmenden Linien, lag das kleine Palais Reithel, das Ziel all seiner Wünsche. Der Anblick sollte ihn beruhigen. Aber es war nicht der Fall. Im Gegenteil, er fragte sich, ob es wirklich so wichtig war, daß er da drüben wieder einzog. Legte er nicht zuviel Wert auf diesen Wunsch? Nein, nein! verteidigte er sich heftig. Wichtig ist alles, was man brennend gern wünscht, namentlich, wenn man alt geworden und die Zukunft begrenzt ist.

Er warf, wie er das oft tat, eine Kuchhand nach dem jetzt fast spukhaft wirkenden Haus hinüber und trank noch einen Kognak. Der mit frohen Gedanken! Die Adoptionsangelegenheit schritt gut vorwärts, alle Helmspapiere des in Wien geborenen Günther Grewenstein waren in Ordnung, und es lag, wie Nachfragen in Wien und Prag, wo er am meisten gelebt, ergaben, nichts gegen Grewenstein vor.

Er sann: Manche Annehmlichkeit hatte ihm Günther Grewenstein schon in sein Leben gebracht. Wie oft speiste man zusammen, sah sich nette Weiberchen an!

Er fand, daß die Wanduhr heute laut, rart aber laut tickte! Und tickte sie nicht rhythmisch betont: Sie tragen die Schuld an dem ganzen Unheil!

Er stellte die Uhr ab und ging schlafen. Er spürte jetzt wieder Müdigkeit.

Karsten! sann er. Es war wohl ein Name, der in Deutschland häufig vorkam, auch mehrmals in einer kleinen Stadt. Das wäre doch gar nichts Ungewöhnliches.

Er lachte ein wenig, aber es klang unfroh; dann schlief er ein.

11.

Lilli Bergschlag sah in ihrem eleganten Ankleidezimmer, und alles lag zum Ausgang bereit; aber sie dachte nicht daran, sich umzukleiden. Ihr Vater trat ein; er war ein untersehfter, ein wenig plumper Mann, aber sein Gesicht hatte einen Ausdruck von Gütmütigkeit, wenn es auch häßlich war.

Er rief vorwurfsvoll: „Aber, Lillchen, wir wollen doch zur Moderevue ins Schumanntheater fahren, und nun hast du noch im Morgenrock hier! So läufst du morgens, mittags und abends herum und wartst früher immer wie aus dem Ei gepellt. Ich rufe die Marie, laß dir beim Anziehen helfen, damit wir noch zurechtkommen. Du sollst dir bei der Revue recht schöne Toiletten aussuchen, und dann reisen wir nach Italien. Da ist's

jetzt schon warm und sonnig.“ Er strich über ihr mattbraunes Haar, dessen unbedeutenden Farbton die gute Pflege nicht verbessern konnte. „Sei doch vernünftig, Lillchen! Was vorbei ist, das ist nun mal vorbei. Findest bald einen anderen, der es ehrlich mit dir meint. Der Faghe hatte es von Anfang an bloß auf unser Geld abgesehen, und wir können froh sein, daß er uns nicht noch mehr reingelegt hat. Zwanzigtausend Mark ist ja auch schon ein anständiger Brocken, besonders heutzutage, aber es hätte schlimmer kommen können.“

Lilli schluchzte auf.

„Rede doch nicht so schlecht von ihm, Vater! Es tut mir weh. Er hatte eben Unglück mit dem Geld, vielleicht hat er spekuliert, und dir dich zählt die Summe ja gar nicht. Aber er ist nun in Afrika bei der Fremdenlegion, und wenn ich daran denke, ist es mir immer, als ob er vor mir stünde und mit erhobenen Händen um Rettung bäte. Ich kann nicht mehr schlafen, ich kann nicht mehr essen, so quält mich dieser Gedanke.“

Albert Bergschlag zog die beschügten Brauen hoch.

„Armes Ding, wie kannst du dich nur in die Idee verrennen! Du sollst mir glauben, Leute wie Grewenstein denken nicht daran, in die Fremdenlegion einzutreten, und dann, das fällt mir jetzt erst ein, würde er gar keine Aufnahme dort finden. Drei steife Finger an der linken Hand genügen vollkommen, ihm diesen Weg zu versperren. Glaubst du vielleicht, er hat das nicht selbst gewußt, als er den Brief an dich geschrieben hat? Er ist ein ganz heller Kopf und gar nicht fähig, den Unsinn zu beabsichtigen, den er dir in dem blöden Brief vorgelegt hat. In Barcelona, also in Spanien, ist der Brief ausgegeben, aber ich glaube nicht, daß der windige Geiger von dort nach Afrika gefahren ist. Ich glaube eher, er drückt sich jetzt in London oder Paris herum und hochstapelt da weiter, wie er so talentvoll hier bei uns angefangen hat. Weinen macht häßlich, Lillchen, und besonders schön ist die Familie Bergschlag leider überhaupt nicht, wenn du auch für mich das schönste Mädel der Welt bist.“

Lilli schluckte noch ein paar Mal, sagte dann — und es war aufsteigender Jörn in der Stimme: „Du hast recht, Vater, daß es mit der Fremdenlegion nichts für ihn ist, das hätte er wissen müssen und hat es auch gewußt. Du hast mich überzeugt, und ich glaube jetzt auch seine anderen Worte nicht mehr, die so poetisch klingen und mir mit einem Male hoch und gekünstelt erscheinen.“ Sie sprang auf. „Bitte, Vater, schicke mir Marie, ich werde in einer Viertelstunde fertig sein. Wir sehen uns die Moderevue an, und ich wähle, welche Toiletten ich mir morgen bestellen werde. Dann reisen wir, Vater. Reisen nach Stellen oder noch lieber nach Paris. Von Paris hat Günther immer am meisten geschwärmt. Vielleicht sehen wir ihn dort. Das wäre besonders gut, denn von Minute an würde ich sehr vernünftig sein, würde lachen über das, worüber ich jetzt weine, und wäre bald wieder deine alte feidele Lilli.“

(Fortsetzung folgt)

Dipp mit Spi...

den vererbt...

Dipp der Reich...

tionen, einem...

Siebei baltungen...

Sammlungen an die D...

fen, die Ablieferung...

nicht vor einer M...

1. Alt-Verpachtung...

11a bis 11b...

gen und 3. Eifer...

Rögel, S den lauf...

Sammlungen, b...

ten. Die beimsollen...

Gegenstände gegeben...

Mitglieder werden u...

Altspäter, fette Mat...

lieferungsgemeinen...

Plan — einzelnen...

Altmaterialien Samml...

ber zum Wieder...

Die Zeit, ist mit die...

die meisten mit dem F...

dem Fest Dann wh...

schaft war s...

sondere W gereizt un...

ist dann e war, zusa...

tausend M richtiger G...

nachtsge...

Dippe: lezene Rom...

nun auch v was ge...

Geschäfte Konflikt...

licher Bräutigam...

lung der Ereignissen...

kämpfend in flüchte und i...

Belchangers Spannung...

Ramen Bog hunderte alle...

Dorf, Wald, steen, weiter...

seinem Rom lung, als...

programm, als M berliche G...

nach Passau woche bringt...

weiten Welt ter der F...

nachgeben Ende herrsch...

herrenhalle in

— Auf „Freiwilige...

dorf eingetro

— Auf Hausdorf